

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



Zusammenhänge, Bedeutung
und Ergebnisse

Ausgabe 2009

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



Zusammenhänge, Bedeutung
und Ergebnisse

Ausgabe 2009

Impressum

Herausgeber:

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M.

Herstellung und Redaktion:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68

70199 Stuttgart

Telefon: 0711 641 - 0

Fax: 0711 641 - 24 40

E-Mail: poststelle@stala.bwl.de

Internet: www.statistik-bw.de

Erscheinungsfolge: jährlich

Erschienen im Juli 2009

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008 / Februar 2009

Preis: kostenfrei unter www.statistikportal.de und www.vgrdl.de
als Druckexemplar EUR 6 (Schutzgebühr)

Weitere fachliche Informationen zu den VGR der Länder erhalten Sie auf der Homepage des Arbeitskreises unter www.vgrdl.de.

ISSN 1868-8101

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2009

(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Fotonachweis: Bernd Lynen, PIXELIO

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Vorwort

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um zentrale wirtschaftliche Indikatoren auch für die Länder zu berechnen, wurde 1954 der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetages an. Vorsitz und Federführung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ obliegen dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Die Ergebnisse der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liefern für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unverzichtbare Informationen über das Wirtschaftswachstum, die Einkommenssituation, den Konsum und die Investitionstätigkeit auf regionaler Ebene, sowohl im nationalen als auch europäischen Kontext.

Die vorliegende, gemeinschaftlich erstellte Broschüre soll ein Einstieg in die Länderrechnung sein und die komplexen Zusammenhänge der Volkswirtschaft in anschaulicher und leicht verständlicher Weise darstellen. Im Mittelpunkt stehen neben der Darstellung der organisatorischen und methodischen Besonderheiten der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nähere Erläuterungen zu Bedeutung und Aussagegehalt der zentralen Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Verfügbares Einkommen und Konsum der privaten Haushalte sowie Bruttoanlageinvestitionen. Die grafischen Darstellungen aktueller Ergebnisse ermöglichen im regionalen Vergleich der Entwicklungen und Strukturen eine Positionsbestimmung der einzelnen Bundesländer. Tiefer gegliedertes Datenmaterial auf Länder- und Kreisebene bietet der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ in Form von gepackten Excel-Dateien unter <http://www.vgrdl.de> im kostenlosen Download an.

Ich würde mich freuen, wenn die vorliegende Broschüre zur Diskussion gesamtwirtschaftlicher Fragestellungen in ihrer regionalen Tragweite anregt und das Interesse an differenzierterem Datenmaterial weckt. Rückfragen können jederzeit an das Statistische Landesamt Baden-Württemberg sowie an jedes andere im Anschriftenverzeichnis aufgeführte Mitglied des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ gerichtet werden. Für Anregungen, Hinweise und Verbesserungsvorschläge ist der Arbeitskreis dankbar.

Stuttgart, im Juli 2009

Dr. Carmina Brenner
Präsidentin des Statistischen Landesamtes
Baden-Württemberg

Vorsitzende des Arbeitskreises
„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Zeichenerklärung

– = nichts vorhanden (genau Null) bzw. keine Veränderung eingetreten

0 = Zahl ungleich Null, jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle

. = Zahl unbekannt oder geheim zu halten

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

Inhalt

Vorwort	3
Zeichenerklärung.....	4
Heftende: Karte mit den Verwaltungsgrenzen in Deutschland 2009	
Aufgabenverteilung im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	7
Rückblick	8
Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	10
Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland.....	11
Schematische Darstellung der wichtigsten Aggregate der VGR	12
Die Bedeutung der regionalen VGR für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft	13
Bruttoinlandsprodukt 2008 für Deutschland	15
Bruttoinlandsprodukt.....	16
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) nach Bundesländern (Karte)	17
Bruttowertschöpfung.....	18
Bruttowertschöpfung nach Bundesländern 2008 (Karte)	19
Arbeitnehmerentgelt	20
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Lohnkosten) nach Bundesländern (Karte)	21
Bruttoanlageinvestitionen	22
Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt (Investitionsquote) nach Bundesländern 2006 (Karte)	23
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	24
Verfügbares Einkommen je Einwohner nach Bundesländern (Karte)	25
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte.....	26
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte nach Bundesländern 2007 (Karte)	27
Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2008/2009	28

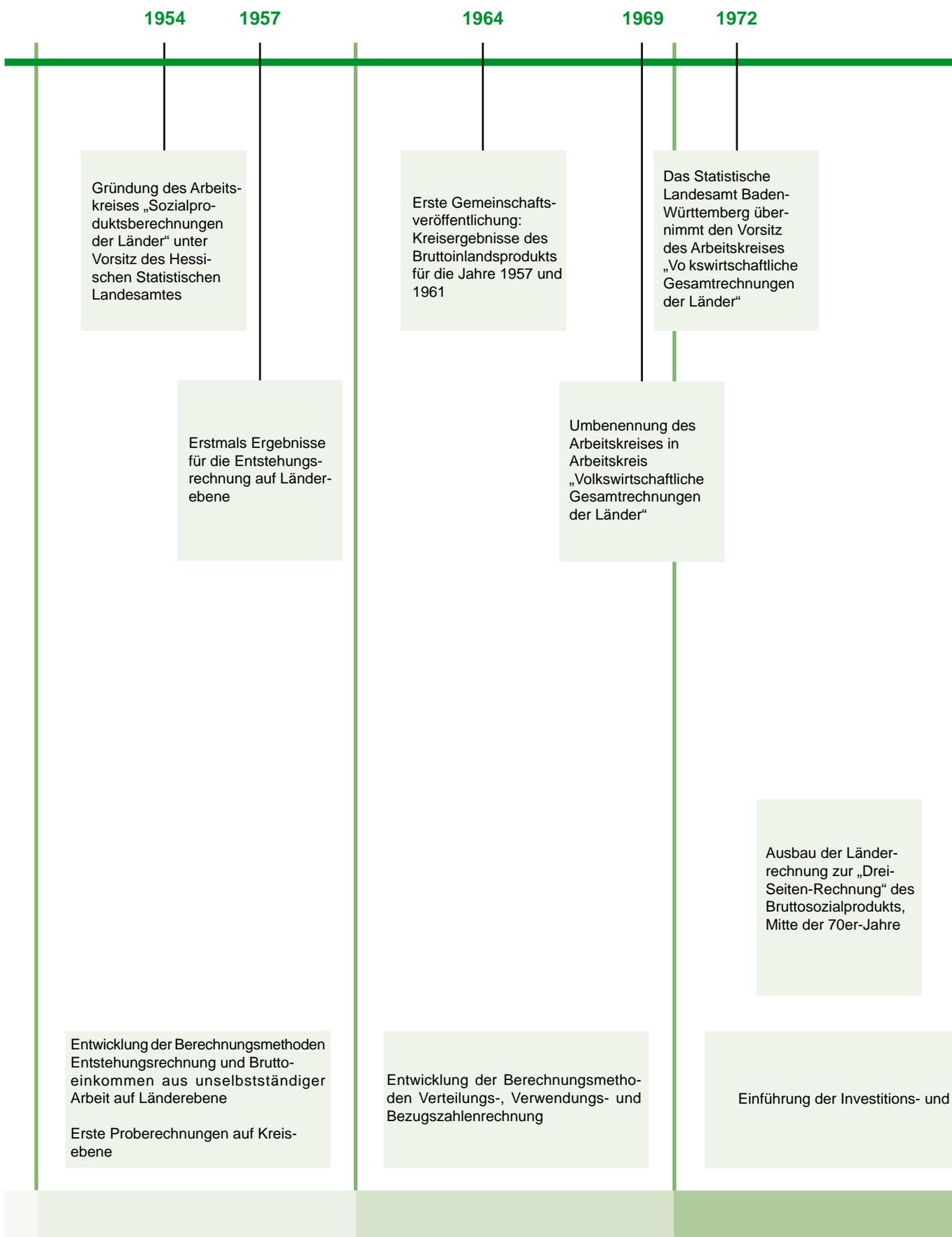
Inhalt

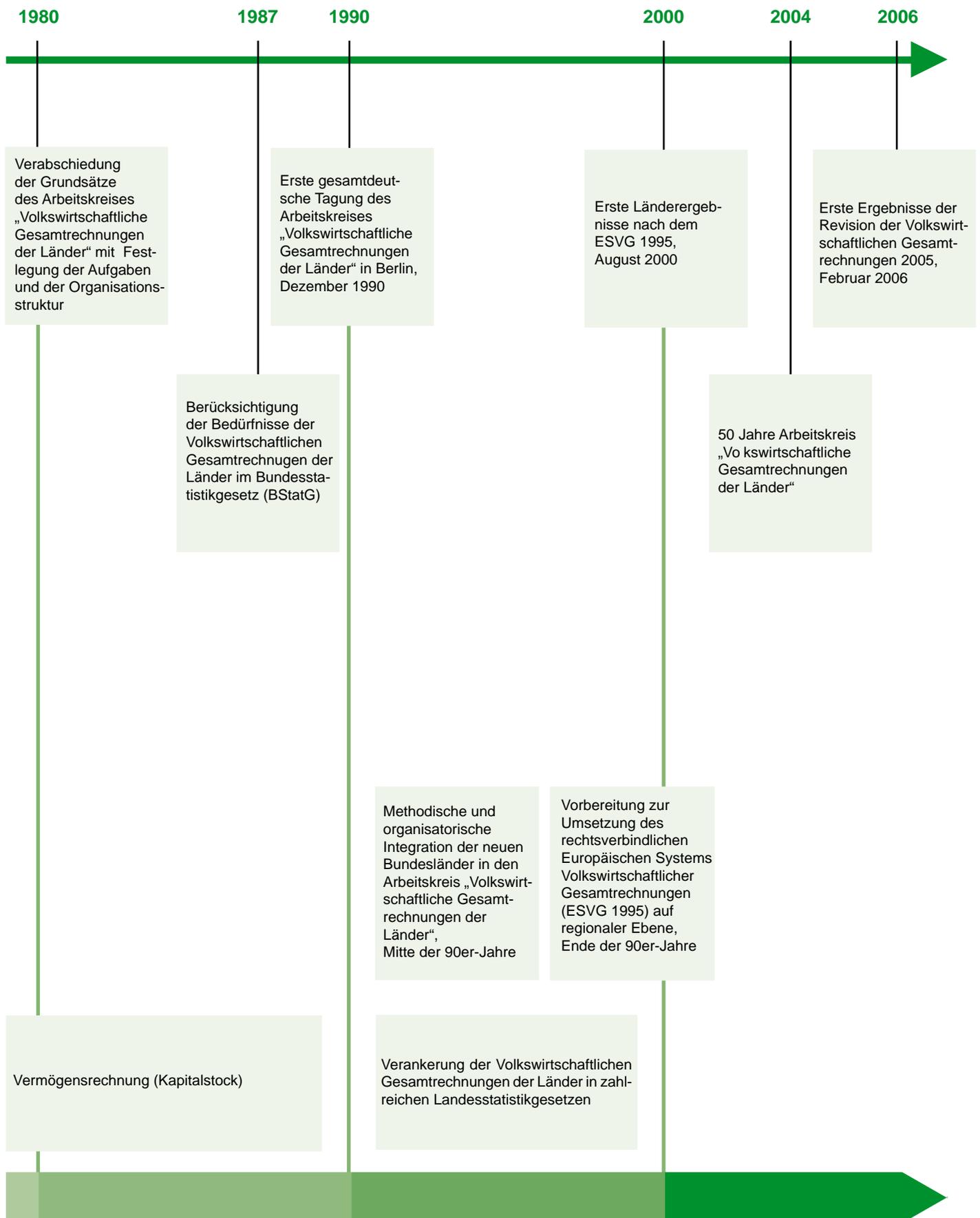
Anschriftenverzeichnis.....	30
Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2003.....	32
Tabellenanhang	33
1. Wirtschaftswachstum seit 1970 nach Bundesländern	34
2. Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – seit 1970 nach Bundesländern	36
3. Arbeitsproduktivität seit 1970 nach Bundesländern.....	38
4. Arbeitnehmerentgelt (Inland) seit 1970 nach Bundesländern.....	40
5. Lohnkosten seit 1970 nach Bundesländern.....	42
6. Investitionsquote seit 1991 nach Bundesländern	44
7. Kapitalstock seit 1970 nach Bundesländern	46
8. Bruttoanlageinvestitionen (Neue Anlagen) – in jeweiligen Preisen – seit 1970 nach Bundesländern	48
9. Verfügbares Einkommen seit 1980 nach Bundesländern.....	50
10. Verfügbares Einkommen je Einwohner seit 1980 nach Bundesländern	52
11. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	54
12. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – je Einwohner seit 1991 nach Bundesländern.....	56
13. Sparen der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern.....	58
14. Sparquote der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern.....	60

Aufgabenverteilung im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
– Juli 2009 –

Koordinierungsland	Ansprechpartner	Koordinierungsaufgaben/ Zentrale Aufgaben
Baden-Württemberg	Dr. Frank Thalheimer Alexandra Günther Jeanette Frey Alexandra Günther Jeanette Frey Dr. Frank Thalheimer	Federführung Methodendokumentation Maschinelle Aufbereitung sämtlicher VGR-Daten Gemeinschaftsveröffentlichungen Kapitalstock/Anlagevermögen/Abschreibungen/Zentralauswertung der Personalstandstatistik Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung (R-LGR)
Bayern	Dr. Franz Kohlhuber	Fortschreibungen (Produktionskonto) Sekundäre Einkommensverteilung
Berlin und Brandenburg	Sabine Quaiser	Restposten Arbeitnehmerentgelt (Einkommensentstehungskonto) Häusliche Dienste (Produktionskonto)
Bremen	Dr. Andreas Cors	Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Produktionskonto)
Hamburg und Schleswig-Holstein	Hergen Bruns Dr. Hendrik Tietje	Handel (Produktionskonto) Öffentliche Verwaltung (Produktionskonto) Konsumausgaben des Staates
Hessen	Sanyel Arikan	Kredit- und Versicherungsgewerbe (Produktionskonto) Subventionen
Mecklenburg-Vorpommern	Dr. Margit Herrmann	Primäre Einkommensverteilung
Niedersachsen	He ko Irps	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (Produktionskonto) (Hauptquelle R-LGR)
Nordrhein-Westfalen	Nils Radmacher-Nottelmann	Energie- und Wasserversorgung (Produktionskonto) Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe (Produktionskonto) Bruttoanlageinvestitionen Umweltschutzinvestitionen
Rheinland-Pfalz Rheinland-Pfalz/ StBA	Werner Kertels	Baugewerbe (Produktionskonto) Vermietung und Verpachtung von eigenen Wohngebäuden und Wohnungen (70.20.2) (Produktionskonto)
Saarland	Karl Schneider	Produktions- und Importabgaben
Sachsen	Dr. Wolf-Dietmar Speich	Dienstleistungsbereiche (Produktionskonto)
Sachsen-Anhalt	Wilfried Buggisch	Konsumausgaben der privaten Haushalte
Thüringen	Jürgen Heß	Bezugszahlen: Bevölkerung

Rückblick





Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Stimmberechtigte Mitglieder: Die Statistischen Ämter der Länder



Baden-Württemberg



Bayern



Berlin

und



Brandenburg



Bremen



Hamburg

und



Schleswig-Holstein



Hessen



Mecklenburg-Vorpommern



Niedersachsen



Nordrhein-Westfalen



Rheinland-Pfalz



Saarland



Sachsen



Sachsen-Anhalt



Thüringen

Weitere Mitglieder:



Statistisches Bundesamt



vertreten durch: Stadt Frankfurt am Main
Bürgeramt, Statistik und Wahlen

Gast:



Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die regionalen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in Deutschland vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ erstellt. In diesem Arbeitskreis sind alle Statistischen Ämter der Bundesländer stimmberechtigte Mitglieder. Als nicht stimmberechtigte Mitglieder sind das Statistische Bundesamt (DESTATIS) sowie das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Repräsentant des Deutschen Städtetages im Arbeitskreis „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder“ vertreten. Als Gast zu den verschiedensten Tagungen begrüßt der Arbeitskreis das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT). Der Vorsitz und die Federführung des Arbeitskreises obliegt dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. In diesem Landesamt werden alle Ergebnisse zusammengeführt und der Arbeitskreis nach außen vertreten.

Berechnungsmethoden und Datenquellen

Alle Arbeiten im Arbeitskreis erfolgen auf der Basis einer abgestimmten Aufgabenteilung. Jedes Arbeitskreismitglied rechnet für die Ebene der Bundesländer ein Aggregat bzw. Wirtschaftsbereich für alle 16 Länder. Damit ist sichergestellt, dass in Deutschland alle regionalen Länderergebnisse auf der Basis der gleichen Quellen und identischer Methoden an einer Stelle berechnet werden und damit voll vergleichbar sind. Durch diese Arbeitsteilung kann sich jedes Arbeitskreismitglied sehr intensiv mit den methodischen Grundlagen des jeweiligen Koordinierungsbereichs befassen, die durch das seit 1995 geltende Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), ergänzt um die neuen Konzepte der Revision 2005, gesetzlich vorgeschrieben sind. Die föderale Zusammenarbeit gewährt zum anderen wissenschaftliche Unabhängigkeit bei der Ergebnisberechnung.

Berechnungen unterhalb der Länderebene, also für Regierungsbezirke (NUTS 2) oder Kreise (NUTS 3) erfolgen in jedem einzelnen Landesamt, jedoch ebenfalls nach einheitlichen Methoden und aus den gleichen Datenquellen.

Regionalisierungsverfahren

Der Berechnungsablauf in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland ist, anders als bei primären Statistiken, nicht eine Summierung der kleinsten regionalen Ebene bis hin zum nationalen Ergebnis für Deutschland, sondern genau umgekehrt eine Aufteilung des nationalen Ergebnisses auf die Regionen. Das heißt, es liegen zuerst nationale, vom Statistischen Bundesamt erstellte Ergebnisse für Deutschland vor, die danach auf die einzelnen Regionen, angefangen bei den Bundesländern, aufgeteilt werden. Dabei bedient sich der Arbeitskreis in der Regel den, auch im ESGV 1995 empfohlenen zwei Aufteilungsmethoden (Bottom-up-Methode, Top-down-Methode).

Bei der Bottom-up-Methode werden in die regionalen Berechnungen alle regional vorliegenden Angaben einzelner Einheiten

einbezogen und dann regional-hierarchisch „von unten nach oben“ addiert, bis der regionale Wert festgestellt ist, der in Summe aller regionalen Werte dem nationalen Wert entsprechen muss.

Bei der Top-down-Methode ist genau andersherum vorzugehen. Dabei werden nationale Gesamtgrößen auf die einzelnen Regionen verteilt, ohne dass der Versuch einer Zuordnung zu einzelnen, in der Region ansässigen Einheiten unternommen wird. Die Verteilung erfolgt anhand eines Verteilungsschlüssels, der die zu berechnenden Aggregate so genau wie möglich widerspiegelt.

Regionale VGR-Aggregate

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland sind bemüht, die nationalen Aggregate so weit wie möglich auch in der regionalen Ebene darzustellen. Dabei stößt der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ aber an Grenzen der verfügbaren Datenquellen und der Möglichkeiten zur Regionalisierung von VGR-Aggregaten. Einige national vorliegende Größen, wie beispielsweise Einfuhrabgaben lassen sich nur hilfsweise auf Regionen aufteilen. Wichtige Entstehungs- und Verteilungsaggregate, die im Rahmen der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechnet werden, sind in der folgenden Grafik dargestellt.

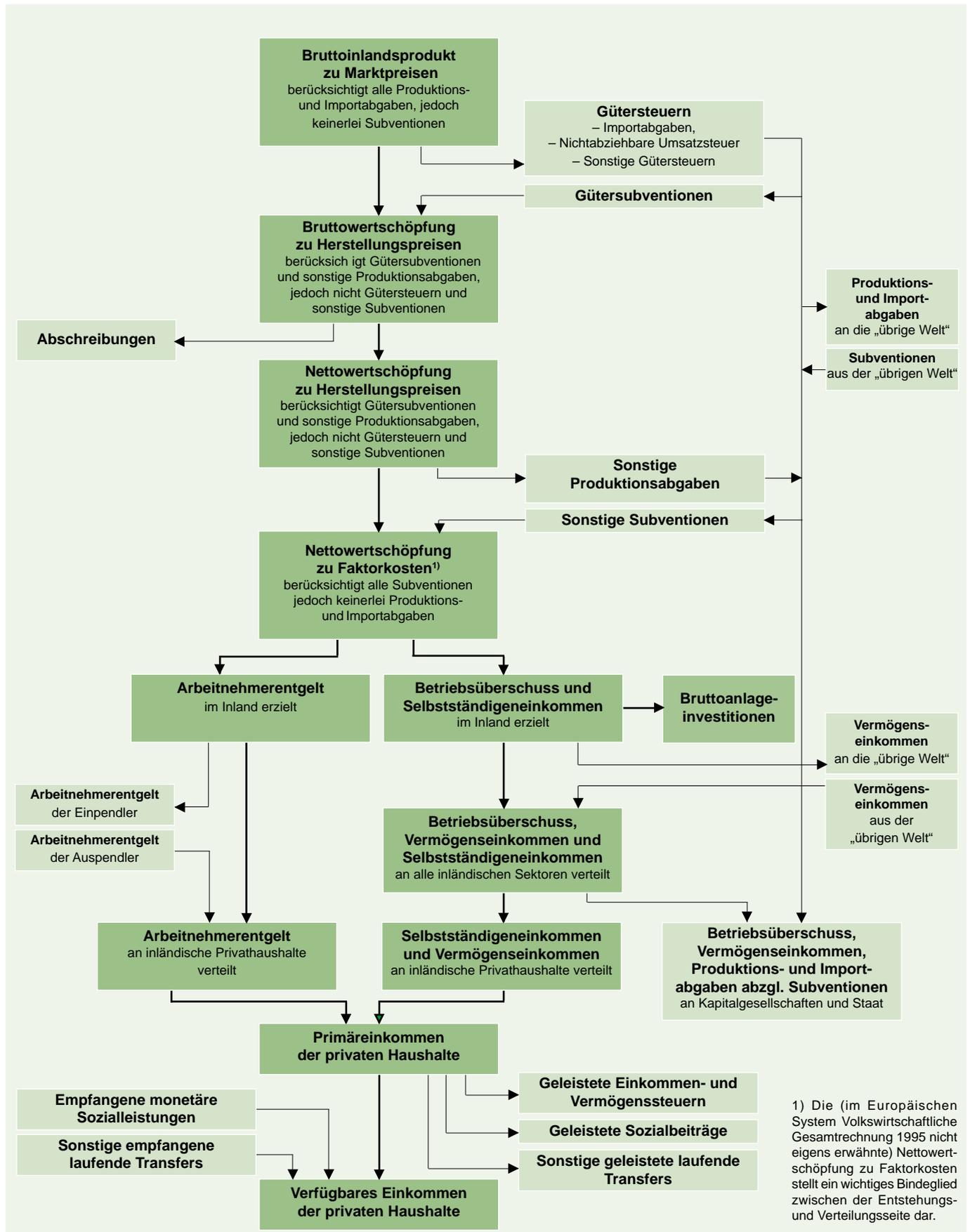
Berechnungszeiträume

Da die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf eine Vielzahl von Datenquellen zugreifen, die nicht unmittelbar nach Ablauf eines Berichtszeitraums vorliegen, sondern erst viel später zur Verfügung stehen, behelfen sie sich für eine zügige Ergebniserstellung, auch auf nationaler Ebene, mit der Verwendung abgestimmter Fortschreibungsverfahren. Bei diesen Verfahren werden vorliegende VGR-Aggregate mittels geeigneter Indikatoren, welche die Entwicklung des jeweiligen Aggregats realistisch widerspiegeln, fortgeschrieben. Diese Methode wird unter anderem bei Aggregaten angewendet, die in der Öffentlichkeit auf ein sehr starkes Interesse stoßen, wie das Bruttoinlandsprodukt oder die Arbeitnehmerentgelte.

Sobald weitere, die Berechnungen präzisierende Datenquellen vorliegen, werden diese Berechnungen dann an die neue Wissenslage angepasst. Aus diesem Grund werden VGR-Ergebnisse nicht als endgültig deklariert, da neue Informationen auch zu späteren Zeitpunkten vorliegen können.

Zusätzlich zu den sich ständig vervollständigenden Informationen der laufenden Berechnungen beeinflussen Großzählungen, wie zum Beispiel die Handels- und Gaststättenzählung die langen Reihen der VGR-Aggregate, da auch aus diesen Quellen teilweise andere Struktur- und Regionalinformationen kommen können als bisher in den Berechnungen berücksichtigt wurden. Des Weiteren führen Umstellungen der den Berechnungen zugrunde liegenden Klassifikationen zu entsprechendem Korrekturbedarf. Diese mittel- bis langfristig auftretenden Korrekturbedarfe werden im Rahmen von sogenannten Revisionen berücksichtigt, die in der Regel in fünfjährigem Abstand durchgeführt werden.

Schematische Darstellung der wichtigsten Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen



Die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) verfolgen die Aufgabe, ein möglichst vollständiges Gesamtbild des wirtschaftlichen Ablaufs und der damit verbundenen wirtschaftlichen Tätigkeiten und Vorgänge in der Volkswirtschaft einer Region zu geben. Dabei gilt es, die Zusammenhänge in einem Wirtschaftskreislauf zu verdeutlichen. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen finden im Wesentlichen die Produktion, Verteilung und Verwendung von Waren und Dienstleistungen sowie die damit einhergehende oder auch daraus resultierende Entstehung, Verteilung und Verwendung von Einkommen ihren Niederschlag.

Entstehungsrechnung

Die Berechnung der Entstehungsseite – auch Entstehungsrechnung genannt – umfasst alle Transaktionen im Zusammenhang mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen. Zentrale Größen der Entstehungsrechnung sind das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Bruttowertschöpfung (BWS). Die Bruttowertschöpfung ist eine Kennzahl der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftsbereiche. Werden die Ergebnisse der einzelnen Wirtschaftsbereiche zusammengeführt, die Gütersteuern addiert und die Gütersubventionen abgezogen, erhält man das Bruttoinlandsprodukt. Die preisbereinigte Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr bzw. einem Vergleichsjahr beschreibt das Wirtschaftswachstum.

Ergebnisse der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bestimmen auf europäischer Ebene maßgeblich die Verteilung der finanziellen Mittel aus den EU-Strukturfonds. So ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner auf der Ebene der NUTS 2 (entspricht in Deutschland der Ebene Regierungsbezirk) von sehr hoher Bedeutung, da es unter anderem das Kriterium für den Anspruch auf Fördermittel für die sogenannten Ziel-1-Gebiete (das heißt Regionen mit Entwicklungsrückstand) ist. Das Bruttoinlandsprodukt stellt ferner eine wichtige Bezugsgröße der EU-Strukturindikatoren dar. Dies betrifft zum Beispiel:

- Arbeitsproduktivität der Erwerbstätigen bzw. auf der Grundlage der Arbeitsvolumina (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen),
- Öffentliche Bildungsausgaben in % des Bruttoinlandsprodukts,
- Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausgaben in % des Bruttoinlandsprodukts.

Datennutzer im Inland sind vor allem Ministerien und Verwaltungen, Kammern und Verbände, Forschungseinrichtungen und Hochschulen, Banken und andere Unternehmen sowie Medien und Privatpersonen. So werden die Informationen zum Wirtschaftswachstum von großen Ratingagenturen zur Einschätzung der Kreditfähigkeit von Ländern im Rahmen ihrer Länderrankings mit herangezogen. In diesem Zusammenhang wird auch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität mit betrachtet. Ferner ist das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen oder je Erwerbstätigenstunde ein

wichtiger Indikator, an den private Investoren unter anderem ihre Standortentscheidungen knüpfen, die wiederum Arbeitsplätze, die regionale Wirtschaftsleistung und die jeweiligen Steuereinnahmen beeinflussen. Anhand dieser Größen lassen sich zudem vergleichbare Aussagen über die Angleichung der neuen an die alten Länder treffen.

Mithilfe von Kreisergebnissen zur Bruttowertschöpfung kann die Ausgewogenheit der Wirtschaftsstruktur eingeschätzt und bei Defiziten die Ansiedlung von Unternehmen gefördert werden. Weitere regionale Förderentscheidungen orientieren sich ebenfalls am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen der Regionen. Gleichzeitig dient es als Indikator zur Überprüfung des Einflusses regionaler Förderprogramme oder besonderer Förderpräferenzen zum Beispiel bei Gebieten mit besonderen Entwicklungsaufgaben (GmbE).

Auf regionale Ergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung stützten sich in der Vergangenheit auch geldpolitische Entscheidungen des Zentralbankrates der Bundesbank im Rahmen der Konjunktur- und Strukturanalysen. Gleichzeitig stellen diese Regionalergebnisse Ausgangsgrößen für die Konjunkturprognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten dar.

Einkommensentstehungsrechnung

Die Einkommensentstehungsrechnung ist Bestandteil der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und wird formal der Verteilungsrechnung zugeordnet. Ihre zentralen Größen sind der Betriebsüberschuss/ Selbstständigeneinkommen und das nach Wirtschaftsbereichen berechnete Arbeitnehmerentgelt (ANE). Beide Einkommensgrößen zeigen, wie sich die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verteilt. Die Einkommensentstehungsrechnung ist damit elementare Rechengrundlage für die eigentliche Verteilungsrechnung.

Unter den regionalen Ergebnissen kommt den Bruttolöhnen und -gehältern (BLG), die Bestandteil des Arbeitnehmerentgeltes sind, im Rahmen der Rentenanpassung eine sehr hohe Bedeutung zu.

Aus den Kreisergebnissen zum Arbeitnehmerentgelt werden ergänzende Informationen zur regionalen Wirtschaftsstruktur gewonnen und bei strukturpolitischen Förderentscheidungen zur Unternehmensansiedlung mit herangezogen. Die regionalen Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) sind unter anderem ein wichtiger Indikator für Standortentscheidungen privater Investoren. Mithilfe der Lohnkosten können weitere Aussagen über die Angleichung der neuen an die alten Länder getroffen werden. Sie fließen zudem in die Lohnstückkosten (Lohnkosten/ Arbeitsproduktivität; hier: Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung [in jeweiligen Preisen] je Erwerbstätigen bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen) ein, auf die bei Betrachtungen der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität von Regionen und/ oder Wirtschaftsbereichen ebenfalls häufig zurückgegriffen wird.

Verteilungsrechnung

Die Verteilungsrechnung ist ein weiteres Teilgebiet der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und knüpft an die Ergebnisse der Einkommensentstehungsrechnung an. Sie weist die primäre und sekundäre Verteilung der im volkswirtschaftlichen Produktionsprozess entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus. Gleichzeitig werden die Einkommensströme von und an die übrige Welt berücksichtigt. Neben dem Bruttonationaleinkommen sind das Primäreinkommen und das Verfügbare Einkommen wichtige Größen der Verteilungsrechnung.

Ein Vergleich der regionalen Ergebnisse des Primäreinkommens mit denen zur Bruttowertschöpfung liefert Aussagen darüber, inwiefern die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen in den jeweiligen Regionen verbleibt. Auf der Grundlage der regionalen Primäreinkommensergebnisse kann die Ausgewogenheit der regionalen Einkommensstruktur eingeschätzt und durch die Ergebnisse zum Verfügbaren Einkommen die sozialpolitisch motivierte Korrektur durch das Umverteilungssystem betrachtet werden.

Insbesondere das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte liefert detaillierte Informationen über die materielle Lage privater Haushalte in den einzelnen Regionen. Die Ergebnisse zum Verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen gewähren zum Beispiel Aussagen über die Angleichung der neuen an die alten Länder. Mittelbar lassen sich aus dem Niveau und der Entwicklung des Verfügbaren Einkommens Aussagen über die Kaufkraft der privaten Haushalte ableiten, wobei natürlich die Preisentwicklung noch unberücksichtigt bleibt. An die nominale Kaufkraft knüpfen zum Beispiel die Vertreter des Einzelhandels, des Freizeit-, Sport- und Unterhaltungsgewerbes, der Kredit- und Versicherungswirtschaft, Handwerker und Vermieter sowie Konsumgüterproduzenten ihre Geschäftserwartungen. Sie können dabei ihre Werbeplanung und das Direktmarketing, ihre Vertriebsplanung, die Einteilung marktgerechter Verkaufsgebiete, ihre Verkaufsplanung und Verkaufskontrolle sowie Standortforschung an den regionalen Ergebnissen zum Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ausrichten.

Verwendungsrechnung

Die Verwendungsrechnung als weiteres Teilgebiet der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen führt zum Bruttoinlandsprodukt und weist die letzte inländische Verwendung sowie die Ein- und Ausfuhr der produzierten Sachgüter und Dienstleistungen nach. Ihre zentralen Größen sind die

Bruttoanlageinvestitionen, die Privaten Konsumausgaben, die Konsumausgaben des Staates und der Restposten, in den die Vorratsveränderungen, die Nettozugänge an Wertsachen sowie der Außenbeitrag einfließen.

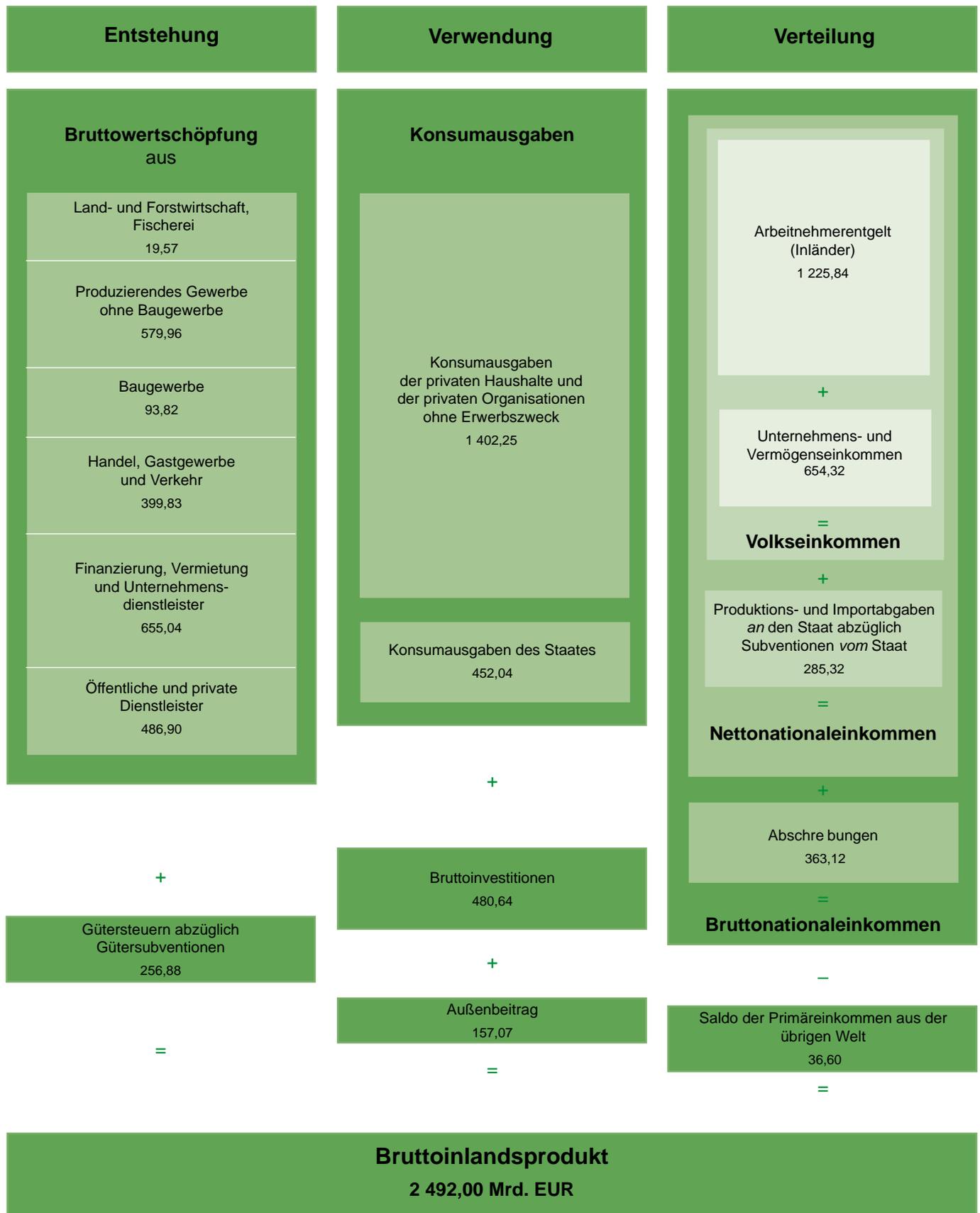
Aus den regionalen Ergebnissen der Bruttoanlageinvestitionen können Informationen über die Finanzmittel gewonnen werden, welche in die einzelnen Regionen bzw. Wirtschaftsbereiche geflossen sind. Sie sichern bzw. führen zu neuen Arbeitsplätzen in den einzelnen Ländern. An die Bruttoanlageinvestitionen knüpfen sich regionale bzw. sektorale Wachstumserwartungen. Sie können weitere Investitionen nach sich ziehen. Allgemein schlagen sich Investitionen in einer steigenden Investitionsquote (jetzt: Anteil der Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen) nieder. Da sich regional getätigte Bruttoanlageinvestitionen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wachstumssteigernd auf das Bruttoinlandsprodukt auswirken, verringert sich in der Folgezeit die Investitionsquote wieder.

Die Privaten Konsumausgaben umfassen die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Aus der regionalen Verteilung der Privaten Konsumausgaben ziehen die Vertreter aus Wirtschaft und insbesondere des Handels wichtige Informationen über das Kaufverhalten in einzelnen Regionen und deren Entwicklung in der Zeit. Niedrige Private Konsumausgaben (meist in ländlichen Gebieten) können indes auch wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erschließung der Infrastruktur veranlassen.

Die Konsumausgaben des Staates enthalten vom Staat selbst produzierte Güter und Dienstleistungen (jedoch ohne selbst erstellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden. Besonders die staatlichen Konsumausgaben für Güter und Dienstleistungen sind für die Binnenkonjunktur der Länder von Bedeutung. Demgegenüber werden rückläufige Konsumausgaben des Staates zur Reduzierung der Staatsausgaben und Staatsverschuldung gefordert.

Ein weiterer Bestandteil der Verwendungsrechnung ist der Außenbeitrag. Allerdings lässt sich im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dieser Saldo zwischen den Exporten und Importen nur auf der nationalen, nicht aber auf der regionalen Ebene ermitteln. Die Darstellung des Außenbeitrags in der Regionalrechnung würde erfordern, dass auch die Waren- und Dienstleistungsströme zwischen den einzelnen Ländern in Deutschland bekannt sind. Dazu liegen jedoch keine Informationen vor. Insofern sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder ein offenes Kreislaufsystem.

Bruttoinlandsprodukt 2008 für Deutschland in Mrd. EUR (in jeweiligen Preisen)



Berechnungsstand: Februar 2009

Bruttoinlandsprodukt

Bei der Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts wird zunächst die Wertschöpfung zu Herstellungspreisen aller Wirtschaftsbereiche aufaddiert. Anschließend wird der Saldo aus Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen hinzugezählt. Durch die Berücksichtigung dieses Saldos ergibt sich das Marktpreiskonzept, das für die Bewertung des Bruttoinlandsprodukts heranzuziehen ist. Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 1995), das rechtsverbindlich die Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aller EU-Mitgliedsstaaten vorgibt, empfiehlt eine Pauschalverteilung dieses Saldos. Pauschal bedeutet, dass der Saldo – unabhängig von den tatsächlich örtlich entstandenen Gütersteuern und -subventionen – proportional im Verhältnis zur Bruttowertschöpfung auf die Länder verteilt wird. Gütersteuern sind alle Steuern, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind. Es handelt sich beispielsweise um Mehrwertsteuer, Importabgaben (ohne Einfuhrumsatzsteuer), Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuer. Gütersubventionen sind ebenfalls solche Subventionen, die pro Einheit einer produzierten Ware oder Dienstleistung geleistet werden. Beispiele hierfür sind Importsubventionen, Abgeltungszahlungen im Verkehr und Ausfuhrerstattungen an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.

Das Bruttoinlandsprodukt kann zu jeweiligen Preisen (nominal) oder preisbereinigt und somit frei von Preiseinflüssen dargestellt werden. Bei der Bewertung der Waren und Dienstleistungen zu jeweiligen Preisen werden die Preise des jeweiligen Berichtsjahres, bei der Bewertung zu Vorjahrespreisen hingegen die Preise des jeweiligen Vorjahres zugrunde gelegt (Vorjahrespreisbasis). So wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2008 in Preisen des Jahres 2007, das preisbereinigte Bruttoin-

landsprodukt 2007 in Preisen des Jahres 2006 abgebildet. Dies hat den Vorteil, dass immer die aktuellen Preis- und Güterrelationen berücksichtigt werden. Durch Verkettung (chain-linking) der Einzelergebnisse werden langfristige Vergleiche möglich. Insbesondere bei langfristigen Vergleichen bietet sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt als Vergleichsgröße an, um die tatsächliche mengenmäßige Entwicklung einer Volkswirtschaft bewerten zu können.

Das Bruttoinlandsprodukt ist der zentrale Indikator für Wachstum und Konjunktur. Unter Wirtschaftswachstum wird gemeinhin die Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes zum Vorjahr verstanden. Beim strukturellen Vergleich einzelner Regionen oder Wirtschaftsbereiche untereinander können durchaus nominale Größen verwendet werden, da hier Entwicklungen eine geringere Rolle spielen.

Das Bruttoinlandsprodukt bezogen auf die Erwerbstätigen gibt Auskunft über die Arbeitsproduktivität. Im Hinblick auf die immer mehr an Bedeutung gewinnende Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung ist jedoch der Bezug auf das Arbeitsvolumen, das heißt die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, das zutreffende Produktivitätsmaß. So stellen sich Länder mit sehr hohem Anteil an Teilzeitbeschäftigten bei einem reinen Bezug auf die Zahl der Erwerbstätigen unproduktiver dar als sie in Wirklichkeit sind. Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, dem die Berechnung der Erwerbstätigen obliegt, berechnet für die Jahre ab 1998 zusätzlich die Größe „Arbeitsvolumen“. Somit kann die aussagefähigere Kennziffer Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde ermittelt werden. Es sollte außerdem berücksichtigt werden, dass das Bruttoinlandsprodukt nicht ausschließlich durch den Faktor Arbeit geprägt ist, sondern als Gesamtergebnis wirtschaftlicher Aktivitäten zustande kommt. Die Höhe der wirtschaftlichen Leistung ist ebenso bestimmt von der Ausstattung mit Maschinen bzw. deren Modernisierungsgrad oder etwa der Infrastruktur.

Im europäischen und internationalen Vergleich ist es üblich, zur Messung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und somit des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes einer Volkswirtschaft das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner heranzuziehen.

Das Bruttoinlandsprodukt ist nicht nur Grundlage für politische Entscheidungen und Standortbestimmungen, sondern findet seinen Niederschlag explizit in den Niederschriften der Maastrichter Verträge. Es ist das rechtsverbindliche Maß für die fiskalischen Maastricht-Kriterien. Im Vertrag von Maastricht ist festgelegt, dass in den Mitgliedstaaten das öffentliche Defizit 3 % des Bruttoinlandsproduktes nicht übersteigen darf. Der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60 % des Bruttoinlandsproduktes erreichen. Des Weiteren richten sich etwaige Fördergelder für die benachteiligten Regionen Europas aus dem Strukturfonds nach dem auf die jeweiligen Einwohner bezogenen Bruttoinlandsprodukt.

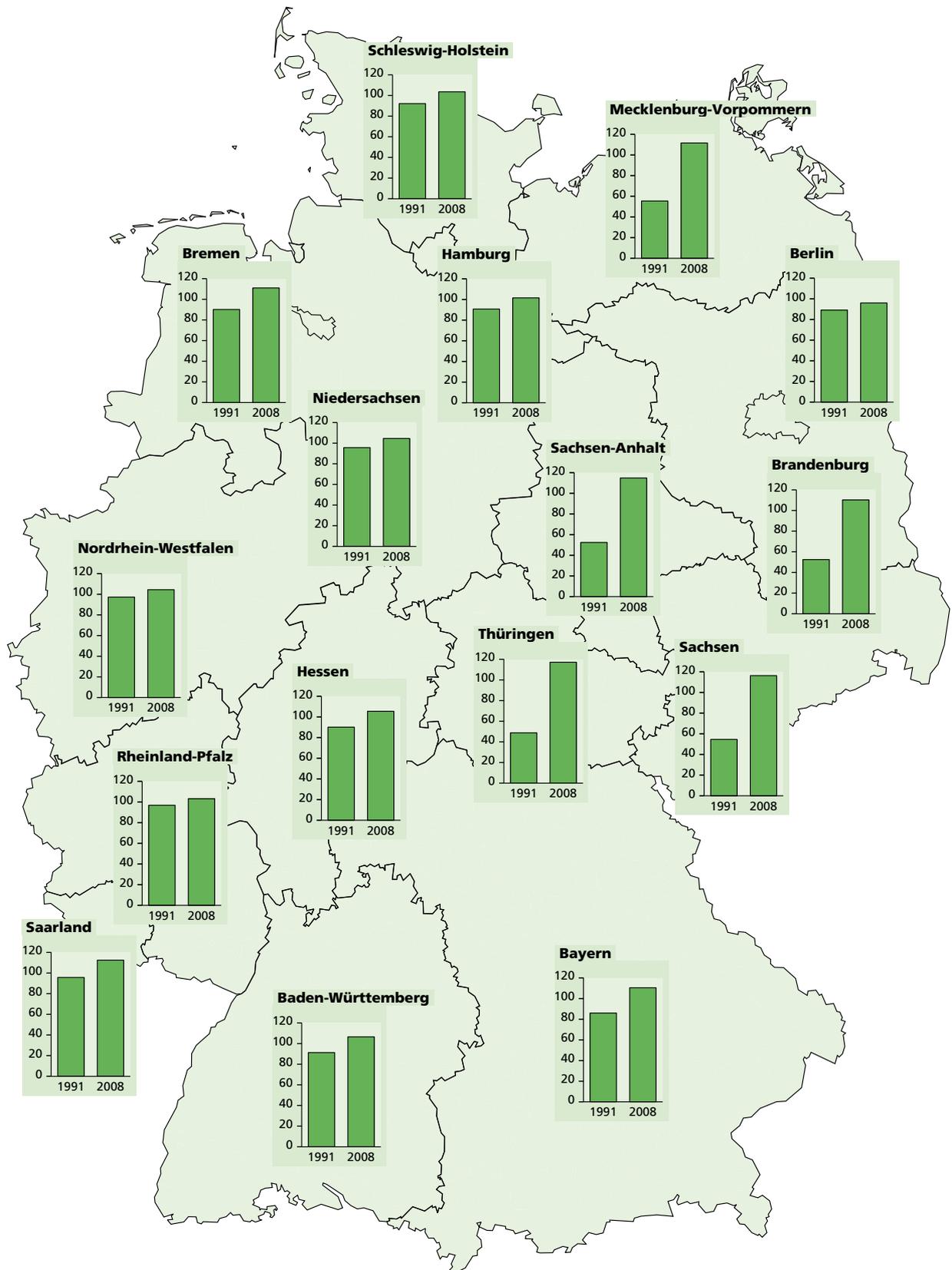
Definition des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.

Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen	
+ Gütersteuern	
- Gütersubventionen	
<hr/>	
= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	

Bruttoinlandsprodukt*) je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) nach Bundesländern

Index 2000 = 100



*) preisbereinigt, verkettet

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung ist in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein bedeutendes Aggregat der Entstehungsrechnung. Sie wird für einzelne Wirtschaftsbereiche, Bundesländer sowie für kreisfreie Städte und Kreise berechnet und veröffentlicht. Die Bruttowertschöpfung gibt den Wert der wirtschaftlichen Leistung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche an und umfasst somit grundsätzlich alle entgeltlich erzeugten Waren und Dienstleistungen. Nicht wertschöpfungswirksam im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind unentgeltliche Tätigkeiten wie zum Beispiel Arbeiten im eigenen Haushalt oder ehrenamtliche Aktivitäten.

Die Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) der Wirtschaftsbereiche wird in der Regel aus der Differenz der Produktionswerte (zu Herstellungspreisen) und der Vorleistungen (zu Anschaffungspreisen) bestimmt. Aufgrund dieser unterschiedlichen Bewertungen enthält die Bruttowertschöpfung nicht die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen.

Eine Ausnahme von dieser subtraktiven Berechnungsmethode gilt für die sogenannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck, deren Leistungen für die Allgemeinheit überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Hier wird die Bruttowertschöpfung durch Addition der Aufwandsposten dieser Institutionen ermittelt, wie zum Beispiel Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, Produktionssteuern, Abschreibungen usw.

Die Produktionswerte der Unternehmen stellen den Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere in- und ausländische Wirtschaftseinheiten dar, vermehrt um den Wert der Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion und um den Wert der selbst erstellten Anlagen. Zu den Verkäufen rechnen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch die Einnahmen aus der Vermietung von Wohnungen und gewerblichen Anlagen sowie der Eigenkonsum der Unternehmer. Der Wert der Verkäufe schließt die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nicht ein.

Definition der Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung umfasst den Wert der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Die Bruttowertschöpfung errechnet sich wie folgt:

$$\begin{array}{r}
 \text{Produktionswert zu Herstellungspreisen (einschließlich FISIM)} \\
 - \quad \text{Vorleistungen (einschließlich FISIM)} \\
 \hline
 = \quad \text{Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen}
 \end{array}$$

Der Produktionswert eignet sich allerdings nur sehr bedingt zur Messung der wirtschaftlichen Leistung, da in ihm auch die von anderen wirtschaftlichen Einheiten produzierten Vorprodukte enthalten sind. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden diese Vorleistungen vom Produktionswert abgezogen. Unter Vorleistung ist der Wert der Waren und Dienstleistungen zu verstehen, die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen in- und ausländischen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben. Die Vorleistungen umfassen außer Rohstoffen, sonstigen Vorprodukten, Hilfs- und Betriebsstoffen, Brenn- und Treibstoffen und anderen Materialien auch Bau- und sonstige Leistungen für laufende Reparaturen, gewerbliche Mieten, Leiharbeitnehmer, von anderen Unternehmen durchgeführte Lohnarbeiten, Transportkosten, Postgebühren, Anwaltskosten, Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen usw. In der Regel schließen Vorleistungen nicht die eingesetzte Handelsware ein, da auch der Produktionswert von Handelsaktivitäten nur in Höhe des Dienstleistungsentgelts gebucht wird.

Eine konzeptionelle Neuheit, die im Rahmen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 eingeführt wurde, betrifft die „unterstellten Bankgebühren“, die nun als „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (FISIM)“ bezeichnet und nach den verwendenden Sektoren und Wirtschaftsbereichen direkt aufgeteilt werden. Bisher wurden die „unterstellten Bankgebühren“ global als gesamtwirtschaftliche Vorleistung verbucht. Die so berechnete Bruttowertschöpfung von Unternehmen ergibt aufsummiert die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche und Regionen. Nach Addition der Gütersteuern und Subtraktion der Gütersubventionen von der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft ergibt sich schließlich das Bruttoinlandsprodukt.

Die Bruttowertschöpfung bringt also die Wirtschaftsleistung in den Ländern, Landkreisen und kreisfreien Städten zum Ausdruck und ist somit ein wichtiger Indikator für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bei der Analyse und Prognose von Konjunktur, Wachstum, Struktur und Entwicklung der Gesamtwirtschaft sowie für den Vergleich der Wirtschaft von Regionen oder der langfristigen strukturellen Veränderung von Wirtschaftsbereichen zueinander. Zusätzlich ist auch der Vergleich der Produktivität (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) zwischen einzelnen Regionen und Wirtschaftsbereichen eine aufschlussreiche Kenngröße.

Seit dem Berichtsjahr 1998 wird über die Größe „Arbeitsvolumen“ auch die Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde ausgewiesen. Damit wird der Quantifizierung des Arbeitsinputs (unterschiedliche Anteile der Teilzeitbeschäftigung) besser Rechnung getragen als mit dem reinen Pro-Kopf-Bezug. Mit der regionalen Bruttowertschöpfung steht eine Datengrundlage bereit, die eine Beurteilung erlaubt, ob ein Wirtschaftsbereich bzw. eine Region im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbereichen bzw. Regionen relativ viel oder weniger gewachsen ist.

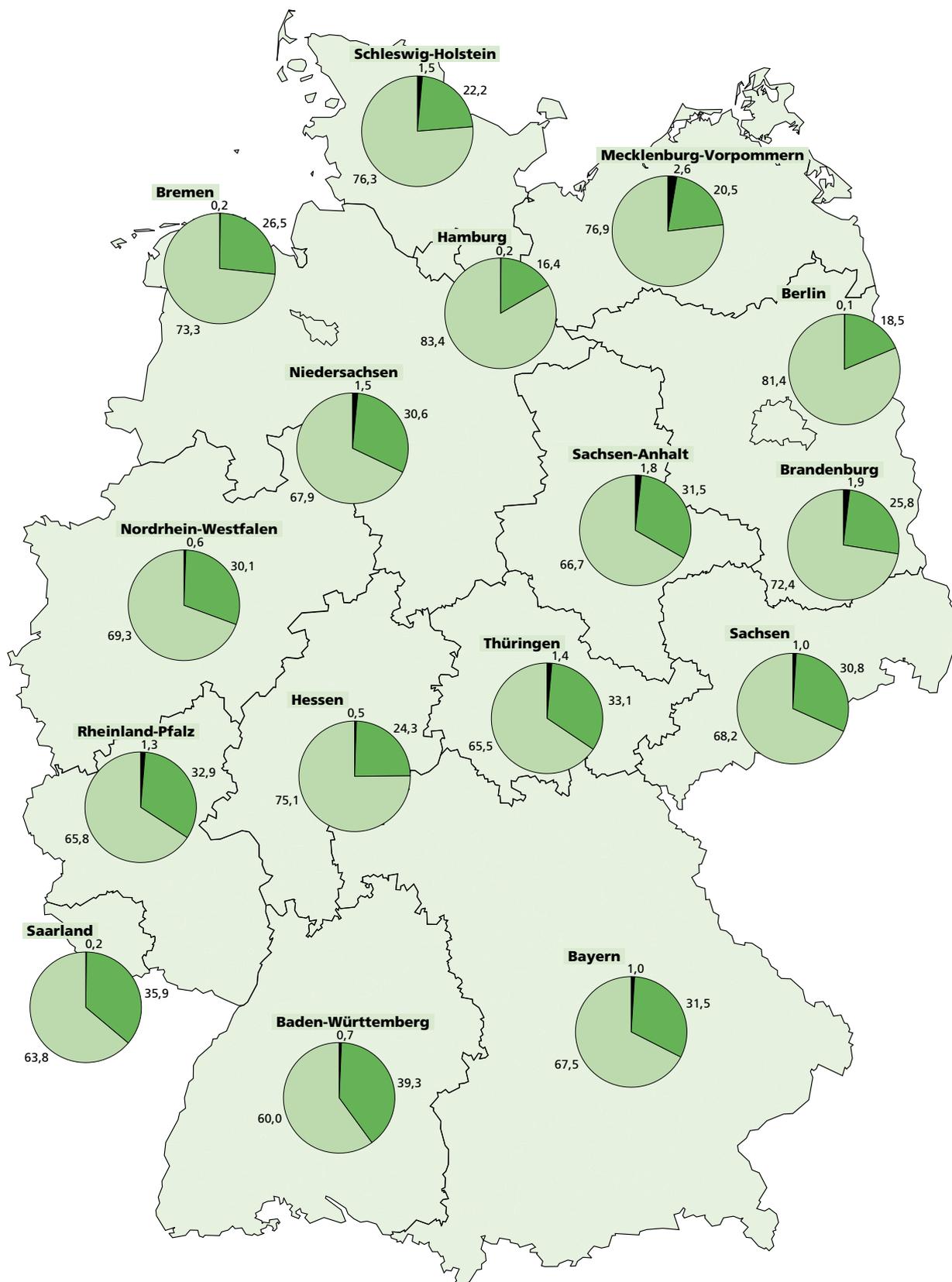
Bruttowertschöpfung*) nach Bundesländern 2008

Anteil der Wirtschaftsbereiche
in %

Land- und Forstwirtschaft,
Fischerei

Produzierendes
Gewerbe

Dienstleistungsbereiche



*) in jeweiligen Preisen

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Arbeitnehmerentgelt

Das Arbeitnehmerentgelt ist die Summe aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber.

Dieses Einkommensaggregat umfasst sämtliche Arbeitsentgelte – vor Abzug der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und der Lohnsteuer, auch wenn diese von den Arbeitgebern einbehalten und abgeführt werden –, die den Arbeitnehmern aus ihren Arbeits- bzw. Dienstverhältnissen zufließen.

Bei den Arbeitnehmern handelt es sich um Erwerbstätige, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zu einem Arbeitgeber stehen und für ihre Tätigkeit von diesem bezahlt werden. Die Einkommen von Selbstständigen oder deren mithelfenden Familienangehörigen werden nicht zu den Arbeitnehmerentgelten gezählt, sondern gehören zu den Selbständigeneinkommen.

Die Bruttolöhne und -gehälter, die etwa vier Fünftel der Arbeitnehmerentgelte ausmachen, enthalten neben den Grundlöhnen und -gehältern noch eine Vielzahl anderer Einkommensbestandteile, wie zum Beispiel Zuschläge für Überstunden, Gewinnbeteiligungen, Provisionen, Trinkgelder, Fahrkostenzuschüsse u.a. Neben den überwiegend gezahlten Geldleistungen schließen die Bruttolöhne und -gehälter auch Sachleistungen ein. Gemessen wird der geldwerte Vorteil, der dem Arbeitnehmer durch unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Waren und Dienstleistungen durch den Arbeitgeber entsteht. Dazu gehören beispielsweise die private Nutzung von Geschäftsfahrzeugen oder die verbilligte oder unentgeltliche Nutzung von Wohnungen oder Freizeiteinrichtungen.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber umfassen die Leistungen an öffentliche und private Institutionen der sozialen Sicherung zugunsten ihrer Arbeitnehmer (Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungsbeiträgen) sowie Gegenwerte für soziale Leistungen der Arbeitgeber ohne spezielle Deckungsmittel (zum Beispiel Beiträge für die Versorgung von Beamten).

Die Arbeitnehmerentgelte können sowohl für den Arbeitsort (Inlandskonzept) als auch für den Wohnort (Inländerkonzept) nachgewiesen werden. Der Unterschied zwischen beiden Größen entsteht aus dem Saldo der Pendler, also der Arbeitnehmer, die nicht an ihrem Wohnort arbeiten.

Definition des Arbeitnehmerentgelts

Das Arbeitnehmerentgelt ist die Summe aus Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. Das Arbeitnehmerentgelt errechnet sich wie folgt:

$$\begin{array}{r}
 \text{Bruttolöhne und -gehälter} \\
 + \quad \text{Sozialbeiträge der Arbeitgeber} \\
 \hline
 = \quad \text{Arbeitnehmerentgelt}
 \end{array}$$

Die Berechnung der Arbeitnehmerentgelte sowie der Bruttolöhne und -gehälter auf der regionalen Ebene von Bundesländern bis zur Kreisebene ist darauf ausgerichtet, die Ergebnisse für die Regionen vergleichbar zu machen. Methodisch der Bundesrechnung folgend, werden die Arbeitnehmerentgelte bzw. die Bruttolöhne und -gehälter als Produkt aus der jahresdurchschnittlichen Anzahl der Arbeitnehmer und den entsprechenden Durchschnittsverdiensten in tiefster wirtschaftsfachlicher Gliederung berechnet. Dabei werden auch die unterschiedlichen Arbeits- und Saisonzeiten berücksichtigt, indem die Bewertung der Durchschnittsverdienste nach der Länge der Arbeitszeit vorgenommen wird, wie zum Beispiel auch bei den sogenannten geringfügig beschäftigten Arbeitnehmern.

Durch diese Berechnungsmethode ist es möglich, die Ursachen von Entwicklungen im Einkommen herauszufinden. Das steigende Volumen der Einkommen kann zum einen aus Lohn- und Gehaltssteigerungen des einzelnen Arbeitnehmers resultieren oder aber zum anderen aus einer höheren Anzahl der Einkommensbezieher. Das Gleiche gilt, nur in umgekehrter Form für Einkommensenkungen. Gleichzeitig war in den letzten Jahren zu beobachten, dass ein starker Anstieg der geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer zu einer Absenkung der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter geführt hat, obwohl die Anzahl der Arbeitnehmer insgesamt nicht gesunken war.

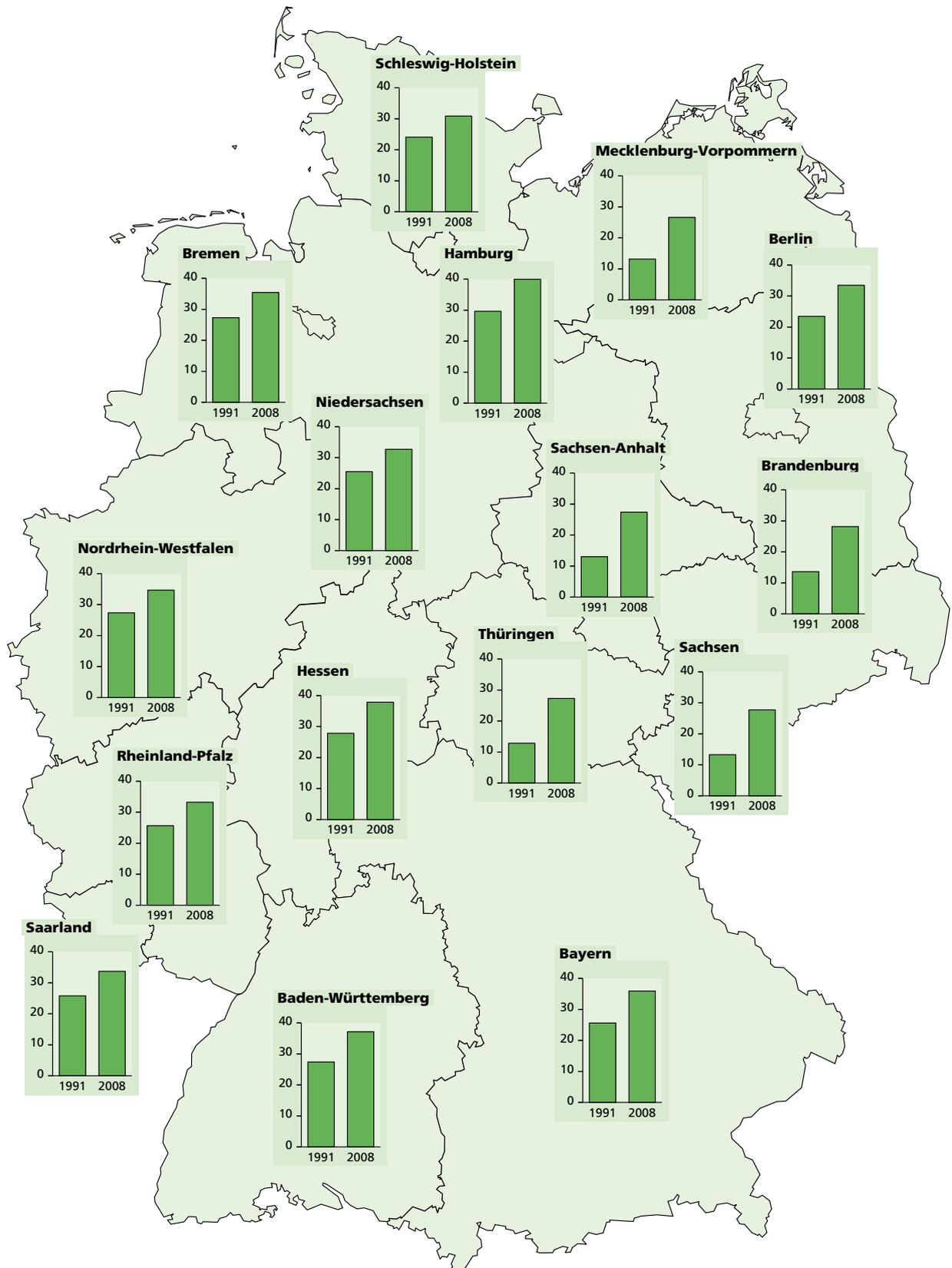
Das Arbeitnehmerentgelt stellt nicht nur eine Einkommensgröße dar, sondern ist auch eine wichtige gesamtwirtschaftliche Kostengröße, die den Aufwand für den Produktionsfaktor Arbeit weitgehend abbildet. So kann beispielsweise unter Einbeziehung des Arbeitnehmerentgelts die Lohnquote berechnet werden. Die Lohnquote ist der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen (früher Sozialprodukt). Das Pro-Kopf-Einkommen (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) ermöglicht einen Vergleich der unterschiedlichen Einkommensniveaus der Regionen.

Die Lohnstückkosten sind die Relation der Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) zur Produktivität je Erwerbstätigen (Bruttoinlandsprodukt – preisbereinigt, verkettet – je Erwerbstätigen). Bei dieser Betrachtung von Produktivität ist allerdings nicht der Beitrag des Faktors Kapital aus den Augen zu verlieren, der auch auf die Effizienz der Gesamtleistung wirkt.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) ist ein wichtiger Indikator für politische Entscheidungen. So gingen beispielsweise die Entwicklungen der Bruttolöhne und -gehälter (getrennt nach Ost und West) in die Rentenformel ein, um die jährlichen Rentenanpassungen in Deutschland vorzunehmen.

Auch andere Anpassungen richten sich nach der Einkommensentwicklung, die in der regionalen VGR berechnet wird, weil sich so noch die Unterschiedlichkeit von Ost- und Westdeutschland berücksichtigen lässt.

Arbeitnehmerentgelt*) je Arbeitnehmer (Lohnkosten) nach Bundesländern in 1 000 EUR



*) in jeweiligen Preisen

Graphik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen sind eine wichtige Nachfragegröße in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zusammen mit den Konsumausgaben von Staat, privaten Haushalten und Organisationen ohne Erwerbszweck sowie dem Saldo von Exporten und Importen, bilden sie das Bruttoinlandsprodukt.

Die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen hat einen direkten Einfluss auf die Konjunktur und das Wirtschaftswachstum in den Ländern, Landkreisen und kreisfreien Städten, da die Investitionen einen starken Einkommens- und Beschäftigungseffekt ausüben. Zusätzlich ist auch das Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zur Produktion, die sogenannte Investitionsquote, sehr aufschlussreich. Sie ist definiert als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt bzw. – bei der Betrachtung auf Kreisebene – der neuen Anlagen am Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Region. Die Investitionsquote gibt an, ob im Verhältnis zur Produktion relativ viel oder wenig investiert worden ist.

Besonders vor dem Hintergrund einer zunehmenden Globalisierung der Wirtschaftsprozesse und einer damit einhergehenden Verlagerung von Investitionen ins Ausland, sind die Höhe und die Struktur sowie der zeitliche Verlauf der Bruttoanlageinvestitionen von großem Interesse für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

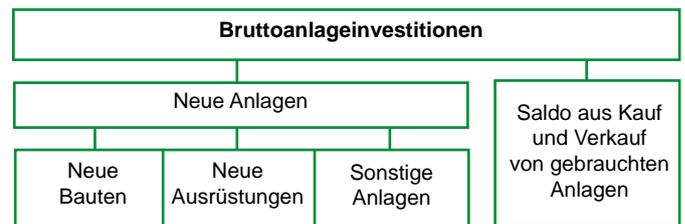
Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen. Als Anlagen werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme nur militärisch nutzbarer Anlagen und solcher Güter, die in den privaten Konsum eingehen.

Als dauerhaft gelten hier diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise in der betrieblichen Buchführung aktiviert werden. Die Anlageinvestitionen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen brutto nachgewiesen, das heißt vor Abzug der Abschreibungen.

Definition der Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen von Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Neue Anlagen sind neu in den Wirtschaftskreislauf eintretende, das heißt in einer nachgewiesenen Berichtsperiode im Inland neu entstandene oder importierte Anlagegüter. Sie untergliedern sich in neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen. Zu den neuen Bauten zählen auch werterhöhende Leistungen am Gebäudebestand. Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche wird nur der Erwerb neuer Anlagen (neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen) ausgewiesen, da der Nachweis des Kaufs und Verkaufs von gebrauchten Anlagen zwischen den Wirtschaftsbe- reichen und den Bundesländern aus statistischen Gründen nicht möglich ist.



Die Bauinvestitionen umfassen Bauleistungen an Gebäuden und sonstigen Bauten, wie Straßen, Brücken, Tunnels, Flugplätze, Kanäle, Staudämme, Montagebauten, Versorgungs- und Rohrfernleitungen, Sportplätze, Parks usw.

Die Ausrüstungsinvestitionen umfassen Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie ähnliche Anlagegüter, die nicht fest mit Bauten verbunden sind.

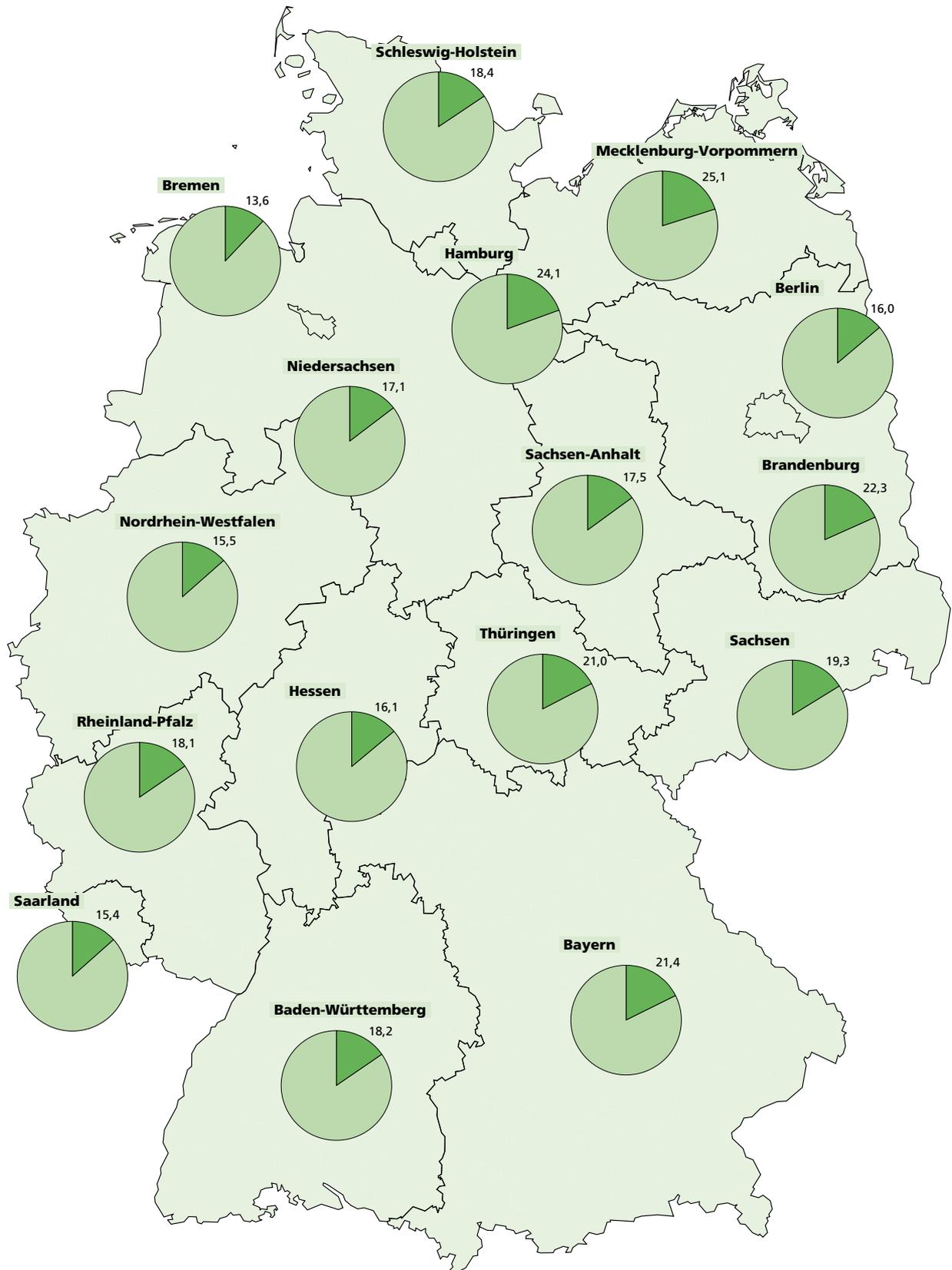
Zu den sonstigen Anlagen zählen die Investitionen in immaterielle Anlagegüter (erworbene und selbst erstellte Computersoftware, Urheberrechte und Suchbohrungen), Nutztiere und Nutzpflanzen sowie Grundstücksübertragungskosten für un bebauten Grund und Boden. In der Länderrechnung werden die sonstigen Anlagen nicht getrennt nachgewiesen, sondern nur zusammen mit den Ausrüstungen.

Zur Ermittlung der Bruttoanlageinvestitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen werden die verschiedensten Quellen der amtlichen und nichtamtlichen Statistik herangezogen, da es mit Ausnahme der Dienstleistungsstatistik keine Datenquelle gibt, die laufende und mehrere Wirtschaftsbereiche überdeckende Ergebnisse zu den Bruttoanlageinvestitionen liefert.

Hauptpfeiler der Berechnungen stellen die Investitionserhebungen dar. Für die Bereiche, in denen der Staat Investitionen tätigt, dienen die Rechnungsstatistik der Länder- und Kommunalfinanzien sowie der Bundeshaushaltsplan als Datengrundlage. Für die Bauinvestitionen wird weitgehend die Bautätigkeitsstatistik verwendet. Darüber hinaus werden auch Geschäftsberichte von Unternehmen ausgewertet.

Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt*) (Investitionsquote) nach Bundesländern 2006

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen¹⁾ am Bruttoinlandsprodukt in %



*) in jeweiligen Preisen – 1) Käufe von neuen Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stellt einen besonders aussagefähigen Indikator für den (monetären) „Wohlstand“ der Bevölkerung dar und ist als der Betrag zu verstehen, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen ergibt sich aus den empfangenen Primäreinkommen nach Abzug der geleisteten laufenden Transfers und nach Hinzufügung der empfangenen laufenden Transfers.

Das Primäreinkommen setzt sich zusammen aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt, den Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit (hierzu zählen auch unterstellte Mieten für selbst genutztes Wohneigentum) und dem positiven Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen. Es stellt allgemein den weitest gefassten Einkommensbegriff dar. Das Arbeitnehmerentgelt schließt neben den empfangenen Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber alle Zulagen mit ein, wie zum Beispiel Akkord-, Schicht-, Schmutz-, Essens-, Wohnungs-, Fahrtkostenzulagen, außerdem Jahressonderzuwendungen wie 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen oder Abfindungen. Bei den Primäreinkommen mit einbezogen ist zudem auch der (fiktiv erzielte) Betriebsüberschuss aus der Eigennutzung von Wohneigentum, ebenso wie der (realisierte) Betriebsüberschuss aus der Vermietung und Verpachtung.

Zu den (von privaten Haushalten) geleisteten laufenden Transfers zählen insbesondere die direkten Steuern, wie die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die (frühere) Vermögensteuer sowie auch Steuern in Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (zum Beispiel Kfz-Steuer, Gemeindesteuern, Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer), weiterhin die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Selbstständigen sowie die vom Staat für Nichterwerbstätige übernommenen Beiträge. Enthalten sind auch bestimmte unterstellte Sozialbeiträge, welche im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus Konsistenzgründen als Gegenwert von sozialen Leistungen verbucht werden müssen, da ihnen keine speziellen Deckungsmittel oder Beiträge Dritter gegenüberstehen (zum Beispiel im Rahmen der Beamtenversorgung), sowie eine Reihe weiterer dem Betrag nach weniger bedeutender Transfers.

Definition des Verfügbaren Einkommens

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist der Betrag, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen errechnet sich wie folgt:

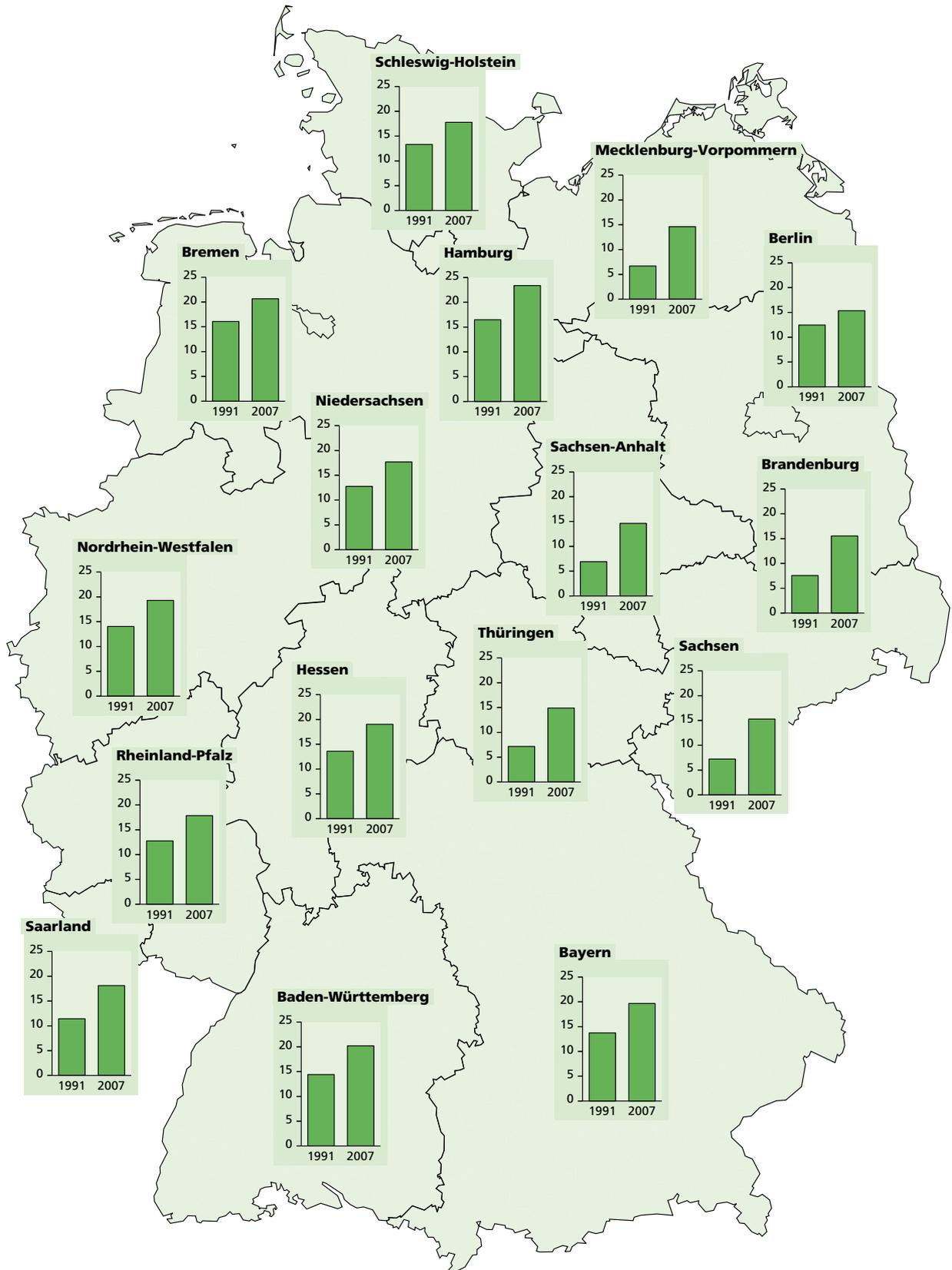
Primäreinkommen	
+	empfangene monetäre Sozialleistungen
+	empfangene sonstige laufende Transfers
–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern
–	geleistete Sozialbeiträge
–	geleistete sonstige laufende Transfers
=	Verfügbares Einkommen

Die von privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers umfassen in weit überwiegendem Umfang monetäre Sozialleistungen. Die weitaus größte Position stellen dabei die Geldleistungen der Rentenversicherung (Arbeiter, Angestellte, Knappschaft, ab 2003 Deutsche Rentenversicherung) dar. Von erheblicher Bedeutung sind jedoch auch die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung sowie der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wie auch seit dem Jahr 2005 die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, die öffentlichen Pensionen und auch das Kindergeld. Weiterhin zählen zu den empfangenen Transfers zum Beispiel auch die Leistungen von Schadensversicherungen zur Regulierung von Schadensfällen (Private Krankenversicherung sowie Kfz-Haftpflicht, Kfz-Unfall, Feuer, Einbruch, Leitungswasser, Glas, Hausrat, Rechtsschutz usw.) sowie Geldleistungen der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung, Wohngeld, Erziehungsgeld, Elterngeld, Ausbildungsbeihilfen, Kriegsopferversorgung und ähnliche finanzielle Unterstützungsleistungen.

Die Einkommen der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen allgemein nur zusammengefasst dargestellt, da die statistischen Daten angesichts der engen monetären Verflechtung beider Sektoren für eine getrennte Darstellung nicht ausreichen. Allerdings kommt den privaten Organisationen nur ein relativ geringes Gewicht zu, sodass zur Vereinfachung häufig nur vom Haushaltssektor bzw. von den privaten Haushalten gesprochen wird, obwohl die privaten Organisationen sachlich miteinbezogen sind.

Für Regionalvergleiche wird im Allgemeinen das Verfügbare Einkommen je Einwohner herangezogen. Mit der Wohnbevölkerung als Bezugsgröße wird der heterogenen Zusammensetzung des komplexen Einkommensbegriffs am besten Rechnung getragen, da sich dessen Einzelkomponenten (zum Beispiel die verschiedenen sozialen Leistungen) jeweils auf ganz bestimmte Bevölkerungsgruppen beziehen und aufgrund der Vielgestaltigkeit unseres Gesellschaftssystems schließlich jedes seiner Mitglieder in irgendeiner Weise als Bezieher von Erwerbs-, Vermögens- oder Transfereinkommen in Erscheinung tritt oder zumindest grundsätzlich in Betracht kommt. Dennoch ist die Wohnbevölkerung als Bezugsgröße nicht ganz unproblematisch, da natürlich das soziografische Gefüge der Bevölkerung maßgeblich auch deren (durchschnittliches) Einkommensniveau beeinflusst. Im Hinblick auf die Höhe der (absoluten) Erwerbseinkommen seien vor allem die Erwerbsbeteiligung und die Erwerbstätigenstruktur (in Abhängigkeit von Qualifikation und Wirtschaftsstruktur) als maßgebliche Faktoren genannt. Für die Höhe der Abgabenbelastung und der sogenannten Transfereinkommen und entsprechend auch des Verfügbaren Einkommens sind des Weiteren vielerlei andere Gesichtspunkte von Belang, so zum Beispiel die Altersstruktur und Haushaltsgröße, die Arbeitsmarktsituation, die (primäre) Einkommensverteilung und unzählige andere, teils persönliche Bestimmungsfaktoren. Aufgrund der bestehenden Rückkopplungseffekte zwischen demografischer Struktur und Einkommenshöhe erklären sich die Unterschiede in den Pro-Kopf-Einkommen also nicht allein durch die Diskrepanz von erzielten Primär- und Transfereinkommen, sondern auch durch „Struktureffekte“ innerhalb der Bezugsgröße, also der jeweiligen Wohnbevölkerung.

Verfügbares Einkommen*) je Einwohner nach Bundesländern in 1 000 EUR



*) in jeweiligen Preisen

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte

Konsumausgaben werden sowohl für die privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) berechnet als auch für den Staat. Im Folgenden werden zunächst – wenn nicht abweichend bezeichnet – nur die Konsumausgaben der privaten Haushalte erläutert.

Die Konsumausgaben entsprechen dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die die „Inländer“ (das heißt Haushalte mit Wohnsitz in der betrachteten Region) zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen sind darin auch unterstellte Käufe enthalten. Hierzu zählen in Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit produzierte und im privaten Haushalt des Unternehmers verwendete Erzeugnisse, Dienstleistungen der häuslichen Bediensteten (in Höhe der gezahlten Löhne), die Eigennutzung von Wohnungen (in Höhe der unterstellten Miete), Naturaleinkommen (Deputate) der Arbeitnehmer sowie Aufwendungen für die Verpflegung der Bundeswehr. Von den Prämien an Versicherungsunternehmen geht nur das hierin enthaltene Dienstleistungsentgelt in die Konsumausgaben ein. Die Verkäufe zwischen privaten Haushalten in ihrer Eigenschaft als Konsumenten haben nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen keinen Einfluss auf die Höhe ihrer Konsumausgaben.

Nicht zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte, sondern zu den Vorleistungen werden alle Ausgaben von Arbeitgebern für ihre Arbeitnehmer auf Geschäfts- und Dienstreisen gerechnet. Sofern von Selbstständigen gekaufte Güter sowohl in deren Betrieben als auch in ihrem Privatbereich verwendet werden können (zum Beispiel elektrischer Strom, Personenkraftwagen), werden die Käufe auf Vorleistungen bzw. Anlageinvestitionen einerseits und Konsumausgaben andererseits aufgeteilt. Ausgeschlossen aus den Konsumausgaben der privaten Haushalte sind ferner alle Aufwendungen der Eigentümer von Mietwohnungen und Eigenheimen für Reparaturen, die normalerweise vom Vermieter auszuführen sind. Sie gelten als Vorleistungen des Wirtschafts-

bereichs Wohnungsvermietung. In diesen Konsumausgaben nicht enthalten sind die Aufwendungen der Sozialversicherung und der Sozialhilfe für Medikamente sowie für Arzt-, Krankenhaus- und Pflegeleistungen, die zu den Konsumausgaben des Staates zählen.

Die Privaten Konsumausgaben umfassen neben den Käufen der privaten Haushalte auch die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien, karitative Organisationen, wissenschaftliche Gesellschaften, Sportvereine usw.). Deren Konsumausgaben sind der Teil der Produktionsleistungen dieser Organisationen, der nicht an andere Sektoren (Staat, private Haushalte, Kapitalgesellschaften) verkauft oder als selbst erstellte Anlage genutzt wird. Bei den Verkäufen an den Staat handelt es sich in erster Linie um Verkäufe der Sozialeinrichtungen an die Sozialversicherung. Bei den Verkäufen an private Haushalte sind es insbesondere deren Ausgaben für die Pflege und die Unterbringung in Heimen und für den Unterricht in Schulen dieser Organisationen.

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil des verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Die Berücksichtigung der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche hat den Zweck, in der Ersparnis die Veränderung der Deckungsrückstellungen für Pensionen einzubeziehen, auf die ein fester Anspruch besteht und die durch Prämien- und Beitragszahlungen entstehen.

Die Relation aus Sparen und verfügbarem Einkommen, letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, wird als Sparquote bezeichnet.

Nach internationalen Konventionen werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie das Sparen als Verwendungsaggregat des Bruttoinlandsprodukts nach dem Inländerkonzept ausgewiesen, das heißt die Ausgaben der Inländer in der übrigen Welt sind einbezogen, nicht dagegen die Ausgaben der Gebietsfremden im Inland.

Ausgangspunkt der Berechnungen zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte ist das verfügbare Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Zur Ermittlung der Konsumausgaben werden insbesondere regional vorhandene Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS), des Mikrozensus und der Bevölkerungsstatistik herangezogen.

Werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte auf die Einwohnerzahl der Region bezogen, so ist die gleiche Problematik wie beim verfügbaren Einkommen je Einwohner (zum Beispiel Altersstruktur und Haushaltsgröße) zu beachten.

Definitionen zu „Konsum“ und „Sparen“ der privaten Haushalte

Konsum

Die Konsumausgaben entsprechen dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die inländische private Haushalte zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch unterstellte Käufe enthalten.

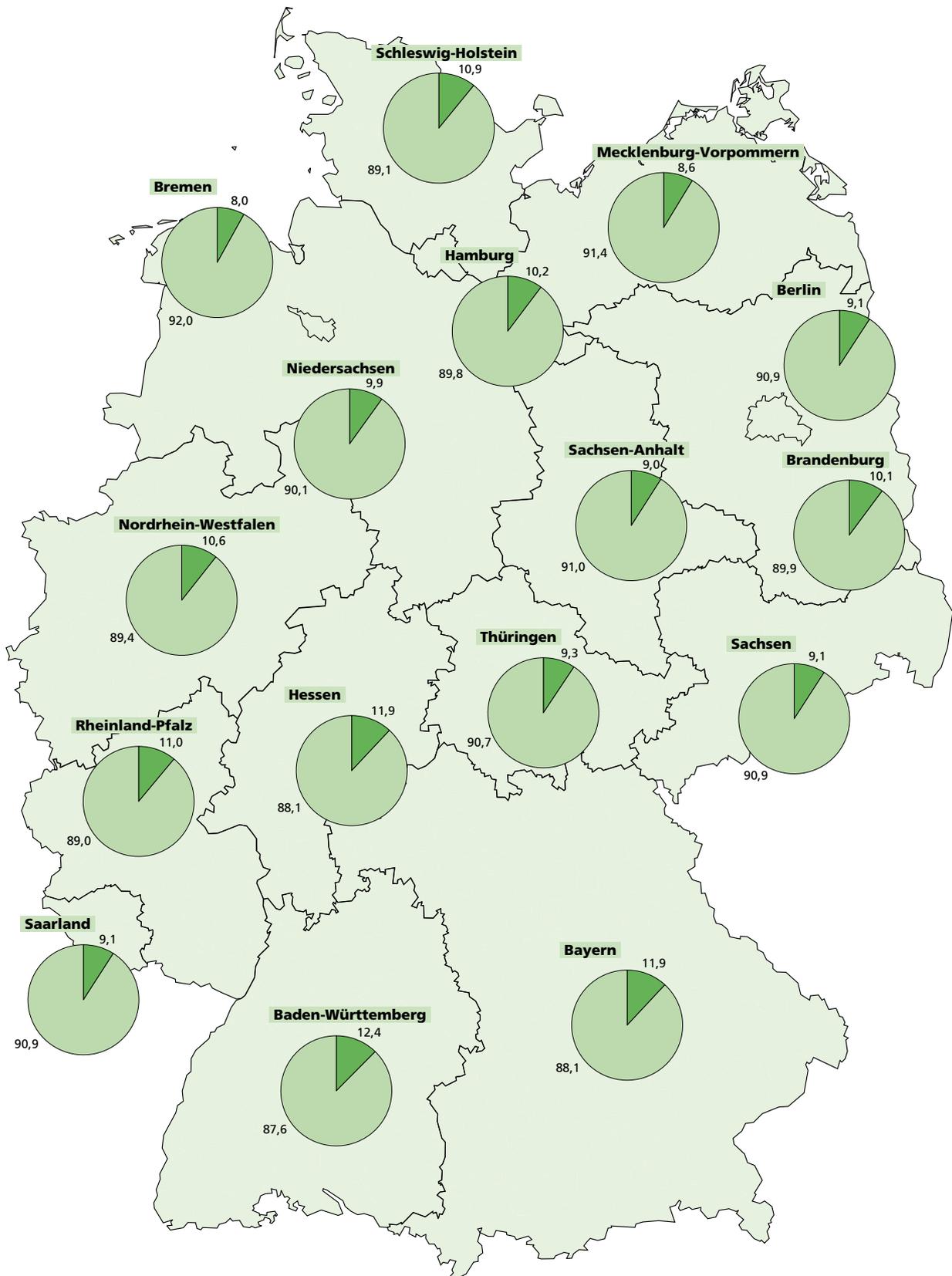
Sparen

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil ihres verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte*) nach Bundesländern 2007

Anteil am Verfügbaren Einkommen¹⁾ in %

Konsumausgaben
 Sparen



*) in jeweiligen Preisen – 1) hier: Summe aus Verfügbarem Einkommen und Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der

Zeitpunkt	November 08	Februar 09	März 09
Anfang		Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Länderergebnisse 1991 – 2007 – Vorbericht – Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Länderergebnisse 1991 – 2007 – Vorbericht –	Bruttoinlandsprodukt 1. Fortschreibung 2008 Bruttoinlandsprodukt Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Arbeitnehmer 1991 – 2007 Erwerbstätige Einwohner 1991 – 2008 Arbeitsvolumen 1998 – 2008
Mitte		Konsumausgaben des Staates 1991 – 2006	Primäreinkommen der privaten Haushalte 1991 – 2007 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 1991 – 2007
Ende	Bruttoanlage- investitionen Länderergebnisse 1991 – 2006 Bruttoanlage- investitionen 1991 – 2006		Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung (2. Fortschreibung 2008) Länderergebnisse 1991 – 2008 Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Länderergebnisse 1991 – 2008 Bruttoinlandsprodukt (2. Fortschreibung 2008) Erwerbstätige 1991 – 2008 Arbeitsvolumen 1998 – 2008 Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Arbeitnehmer 1991 – 2008

Länder“ 2008 / 2009

April 09	Mai 09	Juni 09	Juli 09	August 09	September 09
<p>Anlagevermögen Länderergebnisse 1991 – 2007 </p> <p>Kapitalstock 1991 – 2006 </p>		<div style="border: 1px solid green; padding: 10px;"> <p>Kostenlose Veröffentlichungen abrufbar unter www.vgrdl.de:</p> <p> Globale Indikatoren auf Länderebene (als HTML-Datei)</p> <p> Gemeinschaftsveröffentlichungen: (tiefergehendes Datenmaterial im kostenlosen Download als Excel-Dateien)</p> <p> Broschüre bzw. Faltblatt (als PDF-Datei im kostenlosen Download)</p> <p>Hinweise: Weitere Veröffentlichungen in Form von Statistischen Berichten durch die jeweiligen Statistischen Ämter der Länder. Die Berechnung der Erwerbstätigenzahlen obliegt dem Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR).</p> </div>			
				<p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Kreisergebnisse 1996 – 2007 </p>	
<p>Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts Länderergebnisse 1991 – 2008 </p> <p>Private Konsum- ausgaben Sparen Sparquote 1991 – 2007</p> <p>Bruttonational- einkommen 1991 – 2007 </p>		<p>Faltblatt „Gesamtwirtschaftliche Ergebnisse im Bundes- ländervergleich 2009“ </p>	<p>Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Kreisergebnisse 1992, 1994 – 2007 </p> <p>Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse – Ausgabe 2009 </p>	<p>Einkommen der privaten Haushalte Kreisergebnisse 1995 – 2007 </p>	<p>Bruttoinlandsprodukt 1. Halbjahr 2009 (Veränderungsraten) </p>

Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon 0711 641 - 26 50
Telefax 0711 641 - 24 79
frank.thalheimer@stala.bwl.de

Bayerisches Landesamt für Statistik
und Datenverarbeitung
Neuhauser Straße 8
80331 München
Telefon 089 2119 - 3 94
Telefax 089 2119 - 13 94, - 13 77
franz.kohlhuber@lfstad.bayern.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Standort Berlin
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin
Telefon 030 9021 - 37 39
Telefax 030 9021 - 37 75
vgr@statistik-bbb.de

Statistisches Landesamt Bremen
An der Weide 14 – 16
28195 Bremen
Telefon 0421 361 - 21 42
Telefax 0421 361 - 64 80
vgr@statistik.bremen.de

Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern
Lübecker Straße 287
19059 Schwerin
Telefon 0385 4801 - 46 86
Telefax 0385 4801 - 42 93
margit.herrmann@statistik-mv.de

Hessisches Statistisches Landesamt
Rheinstraße 35/37
65185 Wiesbaden
Telefon 0611 3802 - 8 25
Telefax 0611 3802 - 8 90
vgr@statistik-hessen.de

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Standort Hamburg
Steckelhörn 12
20457 Hamburg
Telefon 040 42831 - 18 30
Telefax 040 4279 - 6 43 20
vgr-hh@statistik-nord.de

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein
Standort Kiel
Fröbelstraße 15 – 17
24113 Kiel
Telefon 0431 6895 - 92 98
Telefax 0431 6895 - 94 98
vgr-sh@statistik-nord.de

Landesbetrieb für Statistik und Kommuni-
kationstechnologie Niedersachsen
Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover
Telefon 0511 9898 - 33 36
Telefax 0511 9898 - 43 21
vgr@lskn.niedersachsen.de

Information und Technik NRW
Geschäftsbereich Statistik
Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf
Telefon 0211 9449 - 29 59
Telefax 0211 44 20 06
nils.radmacher-nottelmann@it.nrw.de

LZD - Statistisches Amt Saarland
Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken
Telefon 0681 501 - 59 48
Telefax 0681 501 - 59 21, - 59 97
vgr.statistik@lzd.saarland.de

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14 – 16
56130 Bad Ems
Telefon 02603 71 - 46 60
Telefax 02603 71 - 39 80
werner.kertels@statistik.rlp.de

Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen
Macherstraße 63
01917 Kamenz
Telefon 03578 333 - 4 00
Telefax 03578 333 - 4 98
akvgr@statistik.sachsen.de

Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt
Merseburger Straße 2
06112 Halle
Telefon 0345 2318 - 3 05
Telefax 0345 2318 - 9 23
buggisch@stala.mi.sachsen-anhalt.de

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon 0361 3784 - 2 10
Telefax 0361 3784 - 6 99
juergen.hess@statistik.thueringen.de

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
Telefon 0611 75 - 29 97
Telefax 0611 75 - 39 52
vgr-bip-entstehung@destatis.de

Bürgeramt, Statistik und Wahlen
Zeil 3
60313 Frankfurt a.M.
Telefon 069 212 - 3 34 22
Telefax 069 212 - 3 63 01
gabriele.gutberlet@stadt-frankfurt.de

Tabellenanhang

Ausgewählte Indikatoren im Zeitvergleich

Auszug aus dem Veröffentlichungsprogramm des Arbeitskreises
„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Tiefer gegliederte Ergebnisse – nach Wirtschaftsbereichen sowie Kreisergebnisse –
bietet der Arbeitskreis im Internet unter www.vgrdl.de zum kostenlosen Download an.

1. Wirtschaftswachstum*) seit 1970 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin ¹⁾	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %									
1971	3,4	4,1	0,4	.	0,2	2,3	3,8	.	3,3
1972	6,5	4,9	2,3	.	3,8	1,5	5,4	.	3,9
1973	5,2	4,0	4,1	.	6,3	4,2	4,7	.	5,5
1974	- 0,1	0,2	0,8	.	0,5	2,0	0,8	.	0,2
1975	- 1,0	1,2	0,9	.	0,5	- 2,4	- 0,3	.	- 0,4
1976	5,4	5,7	3,4	.	4,9	3,2	6,0	.	6,4
1977	4,0	4,6	3,3	.	3,5	2,5	3,8	.	3,3
1978	2,7	4,6	0,5	.	1,1	2,3	4,3	.	3,5
1979	4,2	5,0	2,5	.	3,3	5,2	4,5	.	3,2
1980	1,8	1,6	2,1	.	4,3	- 0,6	1,9	.	1,7
1981	1,3	1,5	- 0,1	.	1,6	1,2	- 1,1	.	0,2
1982	- 0,3	1,1	0,2	.	- 3,2	- 3,0	0,5	.	- 0,4
1983	2,2	2,7	1,9	.	- 1,7	1,8	2,9	.	1,1
1984	2,8	3,8	3,4	.	1,6	4,3	3,5	.	3,6
1985	3,1	2,2	3,2	.	- 0,8	1,9	2,9	.	1,6
1986	2,8	2,9	1,4	.	0,4	0,6	2,6	.	1,5
1987	2,0	2,6	2,4	.	2,7	- 1,2	2,6	.	0,8
1988	4,3	3,6	2,7	.	3,9	2,3	4,9	.	3,7
1989	4,7	4,0	3,3	.	2,9	4,3	4,6	.	3,8
1990	5,5	5,6	5,7	.	6,9	7,0	6,6	.	5,0
1991	4,0	6,1	5,9	.	5,2	6,4	6,4	.	6,7
1992	1,2	2,6	3,4	9,4	0,1	0,9	2,0	9,5	1,7
1993	- 4,1	- 1,8	2,7	12,5	- 2,8	0,5	- 1,8	11,4	- 1,0
1994	2,1	2,2	1,1	11,8	1,4	1,1	1,0	12,5	2,1
1995	1,7	1,1	1,9	7,6	0,1	1,1	1,3	7,9	- 0,4
1996	1,9	1,8	- 1,7	3,0	- 0,0	1,3	2,4	2,8	0,3
1997	2,4	2,3	- 1,9	2,2	3,0	1,7	1,5	1,8	1,7
1998	2,5	3,8	- 0,2	1,0	1,0	0,8	1,4	- 0,2	2,5
1999	2,7	3,0	- 0,7	4,1	0,3	0,8	3,3	3,4	1,4
2000	3,7	5,5	1,1	3,5	4,2	3,9	3,4	0,4	2,8
2001	2,7	2,2	- 1,2	0,5	1,1	4,1	1,7	0,3	- 0,7
2002	- 1,3	1,4	- 1,7	- 0,2	1,3	0,2	- 1,0	0,1	- 0,7
2003	- 0,3	0,3	- 2,2	- 0,3	0,7	- 3,0	0,5	- 0,2	0,2
2004	0,7	2,0	- 2,0	1,5	0,1	0,5	0,4	1,6	1,2
2005	0,4	1,7	0,9	0,7	1,7	1,1	0,9	0,4	2,1
2006	5,1	2,9	2,4	2,8	3,7	1,7	2,4	2,1	2,7
2007	3,2	3,0	2,1	2,2	1,6	1,8	2,1	3,3	2,1
2008	0,6	1,5	1,6	1,0	1,7	2,1	1,3	1,2	1,7

*) Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr. – 1) Bis 1991: Berlin-West. – 2) Bis 1991: Früheres Bundesgebiet.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008/Februar 2009

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland ²⁾	Jahr
Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %								
2,4	3,7	5,8	.	.	4,5	.	3,1	1971
3,2	4,8	3,6	.	.	5,1	.	4,3	1972
5,2	3,6	3,4	.	.	4,7	.	4,8	1973
1,5	1,6	2,5	.	.	3,2	.	0,9	1974
- 2,4	- 2,3	0,5	.	.	1,5	.	- 0,9	1975
4,1	4,9	4,5	.	.	3,2	.	5,0	1976
2,2	4,1	0,4	.	.	3,9	.	3,3	1977
2,6	2,1	2,4	.	.	1,8	.	3,0	1978
4,2	4,3	4,9	.	.	2,0	.	4,2	1979
0,9	1,3	2,5	.	.	1,0	.	1,4	1980
0,1	1,6	3,1	.	.	- 2,2	.	0,5	1981
- 1,5	1,4	- 1,1	.	.	- 0,1	.	- 0,4	1982
0,4	1,2	0,6	.	.	1,8	.	1,6	1983
1,4	2,8	2,4	.	.	3,7	.	2,8	1984
2,5	1,2	1,8	.	.	1,7	.	2,3	1985
2,0	2,7	1,7	.	.	4,2	.	2,3	1986
0,4	0,4	0,9	.	.	1,5	.	1,4	1987
3,4	3,5	2,7	.	.	3,8	.	3,7	1988
3,7	2,5	3,7	.	.	2,2	.	3,9	1989
4,2	3,8	4,2	.	.	6,7	.	5,3	1990
4,2	3,4	4,0	.	.	4,7	.	5,1	1991
1,0	0,2	0,0	9,9	10,1	1,5	18,0	2,2	1992
- 2,4	- 2,8	- 4,2	12,3	13,3	- 0,9	13,5	- 0,8	1993
1,1	1,9	2,9	13,0	10,6	1,2	12,6	2,7	1994
1,8	1,5	3,0	7,8	4,4	2,2	3,2	1,9	1995
- 0,4	- 0,6	- 2,9	3,0	2,6	1,2	2,8	1,0	1996
1,8	2,0	2,3	0,2	3,0	1,7	3,7	1,8	1997
2,1	1,1	2,8	0,6	0,5	0,6	1,7	2,0	1998
0,8	2,6	2,0	2,3	1,8	1,5	3,4	2,0	1999
2,4	2,8	4,5	0,5	1,3	2,8	2,1	3,2	2000
0,7	- 1,2	1,4	1,7	0,0	1,0	1,4	1,2	2001
0,1	1,2	- 1,2	2,3	2,1	- 1,9	0,3	-	2002
- 0,8	- 0,4	- 0,7	1,5	- 0,1	0,2	1,8	- 0,2	2003
1,4	2,3	3,6	2,0	1,2	1,1	2,1	1,2	2004
0,1	- 0,2	3,4	- 0,0	- 0,6	0,1	0,3	0,8	2005
1,9	3,2	2,5	4,0	3,2	2,8	3,5	3,0	2006
2,2	2,3	2,7	2,4	2,6	1,0	2,1	2,5	2007
1,4	1,2	1,6	0,9	1,8	1,1	1,0	1,3	2008

2. Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – seit 1970 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin ¹⁾	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Bruttoinlandsprodukt in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1970	55 971	58 396	13 633	.	5 107	15 984	31 594	.	35 617
1971	62 213	65 374	14 822	.	5 528	17 667	35 309	.	39 594
1972	69 076	71 759	15 878	.	6 004	18 812	38 900	.	43 047
1973	77 085	79 252	17 705	.	6 799	20 862	43 302	.	48 302
1974	82 572	84 976	19 217	.	7 337	22 800	46 829	.	51 842
1975	86 083	90 931	20 456	.	7 788	23 572	49 320	.	54 652
1976	93 665	99 393	21 848	.	8 424	25 085	53 969	.	60 178
1977	100 460	107 117	23 287	.	9 003	26 599	57 778	.	64 064
1978	107 126	115 928	24 124	.	9 413	28 068	62 367	.	68 619
1979	116 197	126 855	25 991	.	10 155	30 786	67 945	.	73 867
1980	124 627	135 799	28 119	.	11 185	32 263	72 954	.	79 176
1981	131 344	143 518	29 253	.	11 828	33 941	75 107	.	82 661
1982	136 874	151 431	30 582	.	11 986	34 455	78 968	.	85 978
1983	143 604	159 722	32 124	.	12 128	36 076	83 532	.	89 357
1984	150 341	169 060	33 947	.	12 584	38 461	88 208	.	94 400
1985	158 448	176 404	35 747	.	12 735	39 955	92 690	.	97 930
1986	168 474	187 011	37 234	.	13 140	41 242	97 940	.	102 151
1987	174 201	194 405	38 646	.	13 674	41 301	101 895	.	104 261
1988	184 754	204 889	40 527	.	14 417	42 881	108 617	.	109 977
1989	198 513	219 392	43 220	.	15 269	46 187	116 957	.	117 566
1990	216 420	239 352	47 422	.	16 900	51 235	129 044	.	127 506
1991	231 942	261 924	63 369	19 625	18 317	56 205	141 526	14 250	140 289
1992	244 525	279 601	69 731	24 518	19 009	58 726	150 281	17 789	148 988
1993	241 937	283 785	74 775	29 936	19 087	60 924	152 690	21 393	152 180
1994	251 785	296 024	77 355	34 782	19 846	63 105	157 791	25 013	159 070
1995	261 064	305 099	79 917	38 175	20 264	64 836	162 706	27 359	161 561
1996	266 373	311 294	78 716	39 883	20 350	66 221	166 866	28 372	162 797
1997	271 943	319 157	77 719	41 059	21 013	68 312	169 581	28 909	165 902
1998	280 462	332 675	77 576	41 971	21 270	69 955	172 397	28 993	171 852
1999	289 426	344 192	77 946	43 633	21 359	70 640	179 607	29 792	174 885
2000	297 393	359 376	78 382	44 985	22 110	72 554	183 100	30 061	180 117
2001	309 522	369 518	78 686	45 946	22 728	76 417	189 495	30 658	181 852
2002	312 022	379 035	78 688	46 594	23 288	77 574	191 108	30 878	181 670
2003	315 237	381 810	78 124	46 919	23 786	77 935	195 783	31 118	183 390
2004	319 945	392 165	77 624	48 291	24 260	79 205	199 060	31 837	187 171
2005	322 683	399 758	79 234	49 024	24 803	81 277	202 577	32 116	192 598
2006	340 150	412 759	81 675	50 888	25 865	83 170	208 175	32 957	199 267
2007	357 575	433 041	84 757	53 173	26 765	86 062	215 190	34 782	207 274
2008	364 304	444 806	87 519	54 947	27 741	89 567	220 814	35 867	214 360

1) Bis 1990: Berlin-West. 2) Bis 1990: Früheres Bundesgebiet.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008/Februar 2009

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland ²⁾	Jahr
Bruttoinlandsprodukt in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)								
106 432	19 708	5 353	.	.	12 806	.	360 600	1970
117 251	21 974	6 089	.	.	14 419	.	400 240	1971
126 314	24 087	6 597	.	.	15 897	.	436 370	1972
141 215	26 522	7 255	.	.	17 722	.	486 020	1973
154 035	28 865	8 005	.	.	19 543	.	526 020	1974
158 885	29 764	8 538	.	.	21 021	.	551 010	1975
170 813	32 297	9 213	.	.	22 515	.	597 400	1976
180 002	34 619	9 528	.	.	24 083	.	636 540	1977
191 305	36 599	10 106	.	.	25 285	.	678 940	1978
207 678	39 818	11 057	.	.	27 021	.	737 370	1979
221 112	42 512	11 970	.	.	28 804	.	788 520	1980
230 876	44 957	12 904	.	.	29 401	.	825 790	1981
238 423	47 530	13 410	.	.	30 573	.	860 210	1982
246 426	49 438	13 890	.	.	31 974	.	898 270	1983
254 872	51 799	14 505	.	.	33 822	.	942 000	1984
266 850	53 495	15 094	.	.	35 063	.	984 410	1985
280 145	56 625	15 790	.	.	37 379	.	1 037 130	1986
284 680	57 613	16 102	.	.	38 352	.	1 065 130	1987
299 233	60 653	16 806	.	.	40 535	.	1 123 290	1988
318 856	64 002	17 895	.	.	42 801	.	1 200 660	1989
343 784	68 584	19 294	.	.	47 139	.	1 306 680	1990
369 100	73 125	20 667	35 870	20 339	50 882	17 169	1 534 600	1991
388 189	76 279	21 508	44 857	25 692	53 745	23 182	1 646 620	1992
390 494	76 470	21 216	54 483	31 562	54 978	28 459	1 694 370	1993
403 470	79 800	22 277	63 773	36 392	56 951	33 344	1 780 780	1994
418 382	82 992	23 328	69 946	38 609	59 231	34 982	1 848 450	1995
419 922	83 375	22 764	72 600	40 098	60 270	36 280	1 876 180	1996
429 836	85 323	23 260	72 973	41 423	61 488	37 682	1 915 580	1997
441 097	86 734	23 710	73 770	42 071	62 344	38 502	1 965 380	1998
446 047	89 060	24 008	75 495	42 712	63 335	39 861	2 012 000	1999
454 250	91 036	24 737	75 666	43 279	64 853	40 602	2 062 500	2000
461 887	91 053	25 151	78 098	44 008	66 472	41 669	2 113 160	2001
468 618	93 355	25 240	81 343	45 777	65 562	42 430	2 143 180	2002
471 275	93 975	25 448	83 166	46 057	66 367	43 411	2 163 800	2003
483 009	96 729	26 671	85 608	47 158	67 519	44 647	2 210 900	2004
488 841	96 862	27 945	85 509	47 271	67 828	44 876	2 243 200	2005
502 784	100 254	28 876	88 962	49 184	69 899	46 634	2 321 500	2006
524 720	104 579	30 297	92 747	51 617	71 766	48 555	2 422 900	2007
541 066	107 524	31 186	95 119	53 788	73 560	49 833	2 492 000	2008

3. Arbeitsproduktivität*) seit 1970 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin ¹⁾	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in EUR (in jeweiligen Preisen)									
1970	13 261	12 236	14 429	.	14 093	16 012	12 903	.	12 117
1971	14 708	13 730	15 777	.	15 208	17 818	14 300	.	13 478
1972	16 219	14 865	17 069	.	16 314	19 088	15 542	.	14 601
1973	17 761	16 168	19 124	.	17 997	21 139	17 155	.	16 247
1974	19 069	17 562	21 034	.	19 442	23 513	18 810	.	17 599
1975	20 519	19 156	23 076	.	21 056	25 159	20 241	.	19 210
1976	22 476	20 926	24 904	.	22 880	27 028	22 239	.	21 264
1977	24 307	22 459	26 641	.	24 376	28 761	23 872	.	22 462
1978	25 555	23 849	27 452	.	25 537	30 414	25 463	.	23 854
1979	27 168	25 576	29 212	.	26 988	33 109	27 164	.	25 293
1980	28 443	26 882	31 307	.	29 553	34 322	28 878	.	26 842
1981	29 817	28 329	32 781	.	31 304	35 928	29 654	.	27 969
1982	31 166	29 961	34 724	.	32 198	37 030	31 454	.	29 415
1983	32 945	31 608	36 583	.	33 366	39 216	33 575	.	30 959
1984	34 052	32 903	37 802	.	34 973	41 980	35 074	.	32 677
1985	35 320	33 757	38 664	.	35 246	43 609	36 159	.	33 568
1986	36 748	34 945	39 552	.	36 036	44 550	37 314	.	34 323
1987	37 320	35 778	40 390	.	37 123	44 234	38 218	.	34 485
1988	38 977	37 232	41 703	.	38 634	45 309	39 983	.	35 935
1989	41 122	39 042	43 574	.	40 327	47 773	42 305	.	37 941
1990	43 430	40 902	45 771	.	43 583	51 855	45 380	.	39 896
1991	45 409	43 553	37 875	16 450	45 742	55 232	48 393	16 905	42 489
1992	47 381	45 930	42 323	23 171	46 960	56 818	50 737	23 604	44 522
1993	47 613	47 043	45 594	29 177	47 788	59 211	52 059	28 987	45 738
1994	50 055	49 142	47 550	33 055	50 346	61 520	54 157	32 977	47 745
1995	51 884	50 731	49 233	35 504	52 591	64 038	56 047	35 170	48 101
1996	52 782	52 093	49 310	37 147	53 509	65 897	57 370	36 953	48 657
1997	53 640	53 363	49 703	38 308	55 035	68 407	58 398	38 287	49 533
1998	54 562	54 505	49 958	39 348	56 057	69 259	58 836	38 512	50 896
1999	55 536	55 518	50 216	40 874	56 227	69 032	60 441	39 450	50 853
2000	55 567	56 826	49 753	42 282	57 062	69 615	60 205	40 098	51 092
2001	57 021	57 719	50 079	43 935	58 176	72 365	61 646	41 639	51 398
2002	57 520	59 424	50 878	45 453	60 072	73 939	62 432	42 545	51 364
2003	58 575	60 445	51 194	46 369	61 925	75 056	64 707	43 627	52 003
2004	59 303	61 928	50 415	47 510	63 231	75 900	65 544	44 794	52 790
2005	59 712	62 832	51 336	48 533	65 133	77 413	66 895	45 363	54 524
2006	62 589	64 278	52 047	50 164	67 704	78 228	68 474	46 088	56 104
2007	64 692	66 197	52 841	51 392	68 849	78 967	69 678	47 776	57 368
2008	64 914	66 983	53 418	52 473	70 558	80 395	70 597	48 982	58 371

*) Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – je Erwerbstätigen. – 1) Bis 1990: Berlin-West. – 2) Bis 1990: Früheres Bundesgebiet.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008/Februar 2009

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland ²⁾	Jahr
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in EUR (in jeweiligen Preisen)								
15 245	13 031	12 165	.	.	13 225	.	13 562	1970
16 556	14 576	13 594	.	.	14 714	.	14 985	1971
17 820	15 971	14 647	.	.	16 076	.	16 248	1972
19 683	17 411	16 070	.	.	17 682	.	17 881	1973
21 650	19 188	18 231	.	.	19 521	.	19 537	1974
22 897	20 250	19 674	.	.	21 279	.	20 992	1975
24 693	22 184	21 301	.	.	22 837	.	22 855	1976
25 868	23 603	21 854	.	.	24 235	.	24 297	1977
27 355	24 745	23 593	.	.	25 105	.	25 662	1978
29 083	26 492	25 270	.	.	26 180	.	27 342	1979
30 419	27 868	26 822	.	.	27 338	.	28 757	1980
31 843	29 471	28 715	.	.	27 908	.	30 080	1981
33 238	31 397	30 109	.	.	29 241	.	31 578	1982
34 907	32 864	31 688	.	.	30 655	.	33 278	1983
35 938	34 209	33 114	.	.	32 186	.	34 599	1984
37 137	35 047	34 502	.	.	32 952	.	35 657	1985
38 357	36 678	35 641	.	.	34 650	.	36 859	1986
38 568	36 897	36 243	.	.	35 048	.	37 332	1987
40 008	38 381	37 380	.	.	36 315	.	38 818	1988
41 761	39 942	39 045	.	.	37 656	.	40 728	1989
43 844	41 785	40 905	.	.	40 340	.	42 970	1990
45 942	43 749	43 150	15 940	15 874	42 307	13 993	39 735	1991
47 915	45 392	44 770	22 916	22 698	44 404	22 238	43 265	1992
48 854	46 033	44 891	28 715	28 598	45 831	27 871	45 117	1993
51 022	48 093	47 277	32 664	32 340	47 628	31 836	47 467	1994
53 135	49 817	49 179	34 851	33 858	49 365	33 067	49 160	1995
53 246	50 004	47 872	36 216	35 809	50 156	34 786	50 034	1996
54 156	51 079	48 924	36 920	37 711	51 258	36 556	51 133	1997
54 556	51 102	48 952	37 343	38 370	51 710	36 515	51 842	1998
54 109	51 611	48 475	38 085	39 485	51 756	37 184	52 363	1999
53 620	51 604	48 802	38 377	40 892	52 049	38 171	52 690	2000
54 270	51 345	49 473	40 258	42 331	53 042	39 749	53 748	2001
55 337	52 500	49 906	42 448	44 787	52 806	41 257	54 818	2002
56 222	53 113	50 584	43 602	45 703	54 271	43 029	55 875	2003
57 278	54 240	52 684	44 763	46 937	55 146	44 129	56 865	2004
58 032	54 253	55 082	45 108	47 733	55 404	44 637	57 739	2005
59 497	55 712	57 087	46 510	49 381	56 691	46 295	59 378	2006
61 141	57 066	59 595	47 719	51 030	57 376	47 452	60 926	2007
62 153	57 903	60 822	48 518	52 790	57 918	48 491	61 790	2008

4. Arbeitnehmerentgelt (Inland) seit 1970 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin ¹⁾	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Arbeitnehmerentgelt in Mill. EUR (Inland)									
1970	29 267	29 326	7 217	.	2 807	8 205	17 716	.	19 132
1971	32 938	33 161	8 063	.	3 188	9 208	20 252	.	21 658
1972	36 646	37 221	8 809	.	3 535	10 033	22 646	.	24 005
1973	42 027	42 540	9 874	.	4 048	11 204	25 659	.	27 299
1974	46 654	47 107	10 918	.	4 507	12 298	28 160	.	30 294
1975	48 282	49 635	11 366	.	4 770	12 741	29 571	.	31 422
1976	52 375	54 108	12 051	.	5 120	13 593	31 957	.	33 970
1977	56 027	58 283	12 838	.	5 476	14 437	34 144	.	36 708
1978	60 155	62 936	13 583	.	5 754	15 218	36 572	.	39 147
1979	65 665	68 446	14 543	.	6 175	16 233	39 712	.	42 252
1980	71 960	74 615	15 625	.	6 663	17 542	42 698	.	45 813
1981	75 643	78 445	16 273	.	6 996	18 464	44 728	.	48 058
1982	78 515	81 446	16 707	.	7 147	18 919	46 105	.	49 383
1983	80 595	84 217	17 152	.	7 193	19 269	47 196	.	50 203
1984	84 318	88 371	17 944	.	7 313	19 675	49 295	.	51 822
1985	88 027	92 296	18 829	.	7 525	20 232	51 532	.	53 584
1986	92 847	97 803	19 819	.	7 821	21 053	54 636	.	56 465
1987	97 326	102 750	20 800	.	8 133	21 853	57 273	.	59 005
1988	101 574	107 043	21 613	.	8 445	22 649	59 927	.	61 401
1989	106 869	112 590	22 549	.	8 781	23 614	62 575	.	63 515
1990	116 024	122 811	24 593	.	9 415	25 436	67 844	.	68 681
1991	126 206	134 127	36 389	15 449	10 318	27 866	73 841	10 623	75 278
1992	135 440	145 970	39 750	18 050	10 915	29 951	79 739	12 336	81 196
1993	135 024	149 086	42 015	19 959	11 041	30 545	81 206	13 717	82 570
1994	136 980	152 698	42 832	21 809	11 095	31 119	82 375	15 064	83 728
1995	141 637	157 071	44 263	23 779	11 181	31 468	84 752	16 481	86 722
1996	143 314	158 489	44 026	24 163	11 179	31 707	85 618	16 548	87 458
1997	144 574	159 921	43 233	24 246	11 203	31 757	85 643	16 358	88 074
1998	148 489	165 262	43 681	24 326	11 316	32 235	87 388	16 502	90 076
1999	153 329	170 552	44 059	24 631	11 487	32 948	89 908	16 827	92 553
2000	161 426	178 560	45 103	24 919	11 752	34 014	94 106	16 942	96 625
2001	166 547	184 435	45 155	24 725	12 014	35 124	96 464	16 759	97 827
2002	168 736	186 832	44 727	24 422	11 938	35 174	97 313	16 627	98 496
2003	169 986	187 299	44 170	24 280	12 087	35 211	98 080	16 580	99 514
2004	170 706	188 709	44 083	24 301	11 998	35 546	97 984	16 480	99 669
2005	170 340	188 697	43 489	24 090	11 884	35 909	97 320	16 468	98 119
2006	174 246	193 601	43 869	24 410	12 156	36 742	99 052	16 654	100 644
2007	180 053	200 602	45 323	25 272	12 484	38 131	101 866	17 110	103 111
2008	186 077	208 439	47 138	26 015	12 946	39 791	105 235	17 483	107 088

1) Bis 1990: Berlin-West. 2) Bis 1990: Früheres Bundesgebiet.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008/Februar 2009

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland ²⁾	Jahr
Arbeitnehmerentgelt in Mill. EUR (Inland)								
52 209	9 378	2 993	.	.	6 079	.	184 330	1970
59 307	10 707	3 443	.	.	7 003	.	208 930	1971
65 286	11 868	3 825	.	.	7 766	.	231 640	1972
74 299	13 526	4 317	.	.	8 848	.	263 640	1973
82 112	14 981	4 706	.	.	9 893	.	291 630	1974
85 827	15 686	4 985	.	.	10 445	.	304 730	1975
92 661	16 883	5 398	.	.	11 255	.	329 370	1976
99 474	18 292	5 817	.	.	12 112	.	353 610	1977
105 603	19 534	6 058	.	.	12 949	.	377 510	1978
113 883	21 243	6 595	.	.	14 023	.	408 770	1979
123 842	23 061	7 204	.	.	15 307	.	444 330	1980
129 518	24 154	7 596	.	.	16 105	.	465 980	1981
133 016	24 913	7 837	.	.	16 612	.	480 600	1982
134 845	25 537	7 944	.	.	17 119	.	491 270	1983
139 317	26 563	8 189	.	.	17 694	.	510 500	1984
144 740	27 445	8 421	.	.	18 278	.	530 910	1985
152 133	28 706	8 807	.	.	19 049	.	559 140	1986
158 440	29 913	9 093	.	.	19 944	.	584 530	1987
164 942	31 265	9 394	.	.	20 846	.	609 100	1988
172 727	32 598	9 702	.	.	21 760	.	637 280	1989
185 849	34 968	10 468	.	.	23 442	.	689 530	1990
201 051	37 807	11 301	28 287	15 892	25 668	14 886	844 990	1991
215 088	40 745	12 096	31 987	18 581	27 577	16 650	916 070	1992
217 191	41 270	12 182	35 162	20 670	28 103	18 450	938 190	1993
219 345	42 346	12 406	38 563	22 491	28 749	20 099	961 700	1994
225 632	43 790	12 758	42 576	24 319	29 769	21 602	997 800	1995
228 255	44 293	12 919	43 284	24 343	30 263	21 742	1 007 600	1996
230 368	44 663	12 942	42 886	24 088	30 273	21 743	1 011 970	1997
234 817	45 677	13 341	43 210	24 246	30 558	22 435	1 033 560	1998
241 115	46 635	13 746	44 039	24 350	31 389	23 304	1 060 870	1999
250 558	48 665	14 365	44 604	24 084	32 379	23 557	1 101 660	2000
254 058	49 427	14 793	44 558	23 907	32 887	23 541	1 122 220	2001
256 001	49 887	14 718	44 444	23 825	33 021	23 449	1 129 610	2002
255 765	50 313	14 780	44 905	23 765	33 009	23 426	1 133 170	2003
257 250	50 826	14 934	45 058	23 799	32 825	23 622	1 137 790	2004
255 710	50 478	14 939	44 397	23 501	32 374	23 344	1 131 060	2005
256 587	51 008	15 060	45 422	23 948	32 629	23 674	1 149 700	2006
262 408	52 635	15 421	46 838	24 508	33 434	24 273	1 183 470	2007
272 011	54 598	15 782	48 218	25 190	34 619	24 930	1 225 560	2008

5. Lohnkosten*) seit 1970 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin ¹⁾	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in EUR (Inland)									
1970	8 336	8 035	8 403	.	8 382	9 051	8 540	.	8 029
1971	9 233	8 951	9 436	.	9 428	10 143	9 557	.	8 965
1972	10 121	9 810	10 399	.	10 309	11 092	10 481	.	9 809
1973	11 310	10 913	11 684	.	11 468	12 348	11 715	.	10 964
1974	12 523	12 135	13 072	.	12 750	13 776	12 997	.	12 197
1975	13 359	12 970	14 019	.	13 756	14 768	13 917	.	13 055
1976	14 474	13 963	15 021	.	14 797	15 868	14 994	.	14 065
1977	15 517	14 857	16 061	.	15 735	16 863	15 974	.	14 946
1978	16 352	15 623	16 886	.	16 530	17 800	16 821	.	15 714
1979	17 376	16 488	17 831	.	17 344	18 815	17 783	.	16 598
1980	18 528	17 570	18 953	.	18 566	20 079	18 882	.	17 738
1981	19 357	18 340	19 875	.	19 530	21 035	19 711	.	18 540
1982	20 153	19 066	20 692	.	20 280	21 911	20 474	.	19 230
1983	20 821	19 679	21 312	.	20 948	22 617	21 136	.	19 769
1984	21 484	20 255	21 817	.	21 532	23 219	21 799	.	20 358
1985	22 018	20 709	22 228	.	22 077	23 900	22 336	.	20 786
1986	22 700	21 372	22 979	.	22 735	24 634	23 087	.	21 419
1987	23 307	22 000	23 730	.	23 391	25 335	23 758	.	21 960
1988	23 931	22 549	24 302	.	23 981	25 939	24 373	.	22 491
1989	24 675	23 185	24 855	.	24 597	26 515	24 995	.	22 996
1990	25 905	24 170	25 925	.	25 721	27 912	26 299	.	24 040
1991	27 400	25 618	23 451	13 614	27 292	29 643	27 838	13 154	25 485
1992	29 094	27 476	26 187	18 270	28 659	31 457	29 698	17 368	27 053
1993	29 545	28 325	27 965	20 974	29 547	32 368	30 599	19 898	27 679
1994	30 384	29 097	28 999	22 438	30 223	33 167	31 329	21 392	28 067
1995	31 444	29 997	30 144	23 945	31 192	33 999	32 425	22 822	28 822
1996	31 720	30 432	30 647	24 416	31 588	34 542	32 751	23 257	29 162
1997	31 922	30 723	30 863	24 654	31 499	34 960	32 943	23 410	29 365
1998	32 269	31 068	31 432	24 980	31 982	35 233	33 335	23 690	29 744
1999	32 752	31 472	31 681	25 413	32 402	35 565	33 728	24 074	29 908
2000	33 547	32 224	32 048	25 958	32 422	36 042	34 451	24 447	30 401
2001	34 162	32 839	32 280	26 357	32 884	36 793	34 993	24 757	30 716
2002	34 645	33 378	32 608	26 591	32 999	37 187	35 510	25 040	30 975
2003	35 254	33 847	32 949	26 878	33 775	37 702	36 350	25 533	31 467
2004	35 418	34 123	32 959	26 955	33 715	37 924	36 338	25 585	31 434
2005	35 371	34 058	32 757	27 171	33 775	38 093	36 332	25 851	31 191
2006	35 983	34 591	32 606	27 411	34 368	38 585	36 827	25 983	31 805
2007	36 549	35 170	32 914	27 742	34 570	39 174	37 181	26 208	32 038
2008	37 144	35 940	33 483	28 162	35 436	39 956	37 868	26 608	32 684

*) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – 1) Bis 1990: Berlin-West. – 2) Bis 1990: Früheres Bundesgebiet.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008/Februar 2009

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland ²⁾	Jahr
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in EUR (Inland)								
8 429	8 036	7 937	.	.	7 680	.	8 285	1970
9 386	8 994	8 847	.	.	8 633	.	9 238	1971
10 285	9 855	9 694	.	.	9 408	.	10 120	1972
11 545	11 022	10 862	.	.	10 492	.	11 314	1973
12 860	12 236	12 124	.	.	11 691	.	12 579	1974
13 764	13 062	12 949	.	.	12 467	.	13 453	1975
14 859	14 030	13 972	.	.	13 348	.	14 501	1976
15 792	14 948	14 840	.	.	14 143	.	15 440	1977
16 663	15 741	15 670	.	.	14 864	.	16 261	1978
17 563	16 641	16 623	.	.	15 600	.	17 175	1979
18 740	17 749	17 720	.	.	16 634	.	18 311	1980
19 649	18 533	18 529	.	.	17 448	.	19 153	1981
20 402	19 200	19 286	.	.	18 144	.	19 901	1982
21 035	19 811	19 848	.	.	18 749	.	20 524	1983
21 640	20 375	20 458	.	.	19 210	.	21 124	1984
22 193	20 832	21 049	.	.	19 584	.	21 628	1985
22 930	21 494	21 709	.	.	20 097	.	22 317	1986
23 597	22 072	22 336	.	.	20 715	.	22 950	1987
24 214	22 673	22 825	.	.	21 195	.	23 535	1988
24 791	23 272	23 182	.	.	21 659	.	24 140	1989
25 906	24 286	24 255	.	.	22 624	.	25 254	1990
27 337	25 661	25 787	13 279	13 031	24 079	12 843	24 073	1991
29 002	27 457	27 419	17 513	17 459	25 619	17 167	26 567	1992
29 749	28 059	28 070	20 049	20 048	26 352	19 587	27 651	1993
30 464	28 830	28 800	21 442	21 499	27 146	20 928	28 460	1994
31 462	29 662	29 469	23 000	22 969	28 034	22 303	29 475	1995
31 777	29 864	29 838	23 402	23 449	28 429	22 749	29 850	1996
31 924	30 050	30 008	23 634	23 733	28 538	23 063	30 076	1997
31 961	30 250	30 270	23 916	23 963	28 639	23 298	30 358	1998
32 121	30 312	30 383	24 360	24 405	28 920	23 829	30 690	1999
32 435	30 922	30 915	24 913	24 693	29 309	24 397	31 271	2000
32 774	31 298	31 649	25 345	25 036	29 678	24 870	31 761	2001
33 226	31 519	31 681	25 660	25 467	30 108	25 312	32 189	2002
33 648	31 971	32 130	26 198	25 869	30 603	25 869	32 700	2003
33 767	32 082	32 356	26 398	26 127	30 466	26 099	32 829	2004
33 720	31 925	32 388	26 464	26 335	30 151	26 081	32 793	2005
33 722	32 033	32 739	26 880	26 690	30 097	26 463	33 130	2006
33 957	32 509	33 236	27 207	26 890	30 352	26 726	33 510	2007
34 663	33 227	33 710	27 738	27 397	30 888	27 295	34 171	2008

6. Investitionsquote*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % (in jeweiligen Preisen)									
1991	22,4	25,6	21,2	40,8	17,0	17,0	20,8	48,8	24,0
1992	22,0	24,9	22,0	43,9	16,1	19,0	20,1	59,9	22,8
1993	20,8	22,2	21,1	48,7	16,9	17,8	19,2	58,7	20,9
1994	19,5	22,9	19,6	50,7	13,9	15,8	16,9	55,6	20,4
1995	18,1	22,4	19,5	45,3	12,9	14,0	17,4	52,7	20,1
1996	18,0	21,9	23,7	46,5	13,8	13,8	16,0	45,8	19,2
1997	17,3	20,6	27,6	43,0	13,4	14,6	16,7	41,3	19,8
1998	17,7	21,4	22,3	41,9	14,2	15,6	17,1	38,2	20,3
1999	18,0	21,1	21,6	39,3	16,1	14,7	17,3	35,3	21,7
2000	19,0	22,1	19,9	35,9	16,7	16,4	17,2	33,4	21,8
2001	19,3	20,7	17,9	29,4	15,5	18,4	17,6	28,1	20,4
2002	18,1	19,3	14,7	25,8	15,3	19,7	15,7	24,2	19,1
2003	17,2	20,0	13,1	23,0	11,9	18,9	15,0	23,4	20,1
2004	17,7	19,1	14,5	22,7	14,1	22,5	15,0	23,1	17,9
2005	17,0	18,1	16,4	22,0	13,1	23,2	16,5	24,2	16,5
2006	18,2	21,4	16,0	22,3	13,6	24,1	16,1	25,1	17,1

*) Anteil der Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % (in jeweiligen Preisen)

19,3	22,5	20,7	42,1	42,2	20,3	44,0	23,2	1991
18,8	21,6	20,4	41,3	53,2	20,9	50,7	23,6	1992
17,0	20,8	18,5	38,7	52,3	19,7	53,4	22,5	1993
16,7	21,6	19,3	45,3	53,4	20,5	52,7	22,6	1994
16,0	21,7	19,8	44,8	51,1	21,2	47,3	21,9	1995
16,0	19,9	20,2	44,3	43,4	19,7	37,0	21,3	1996
16,1	20,6	20,3	41,5	39,9	20,3	36,0	21,0	1997
16,8	21,6	23,7	37,7	39,0	21,6	34,4	21,1	1998
18,3	21,8	22,9	34,8	34,9	22,2	35,7	21,3	1999
18,9	22,6	22,6	33,9	32,0	21,4	31,8	21,5	2000
18,2	20,6	17,9	25,7	24,1	18,9	29,3	20,0	2001
16,3	20,5	18,0	21,2	21,3	16,9	24,0	18,3	2002
15,6	18,4	18,2	21,2	20,5	16,8	24,0	17,9	2003
14,9	17,8	15,0	21,7	20,7	16,1	20,2	17,5	2004
15,9	17,6	14,5	19,6	18,9	16,1	20,8	17,4	2005
15,5	18,1	15,4	19,3	17,5	18,4	21,0	18,2	2006

7. Kapitalstock*) seit 1970 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin ¹⁾	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Kapitalstock*) in Mill. EUR									
1970	590 475	683 540	119 125	.	51 456	127 776	364 757	.	434 591
1971	622 410	719 616	127 042	.	53 882	135 049	385 803	.	456 329
1972	655 884	758 815	134 649	.	56 442	142 106	407 739	.	478 885
1973	689 886	799 332	141 894	.	58 802	148 972	429 260	.	501 454
1974	722 195	835 561	148 765	.	60 898	155 542	448 357	.	522 433
1975	751 210	867 188	155 048	.	62 818	160 850	465 444	.	541 221
1976	778 709	899 496	160 848	.	64 650	165 510	481 721	.	559 274
1977	806 803	933 405	166 427	.	66 715	170 600	497 898	.	577 775
1978	836 262	969 427	171 749	.	68 803	175 519	514 428	.	596 981
1979	868 138	1 008 924	176 967	.	70 512	179 829	530 901	.	617 491
1980	902 023	1 049 017	182 477	.	72 084	183 886	547 047	.	639 103
1981	934 806	1 086 999	188 047	.	73 709	187 672	562 087	.	659 404
1982	964 814	1 124 136	193 340	.	75 202	190 877	575 158	.	676 382
1983	994 035	1 161 025	198 586	.	76 548	193 891	586 908	.	691 962
1984	1 024 038	1 196 075	204 086	.	77 557	196 620	598 795	.	707 272
1985	1 052 581	1 231 677	209 649	.	78 410	198 751	611 829	.	720 531
1986	1 081 158	1 270 190	215 228	.	79 235	200 608	625 663	.	733 010
1987	1 111 520	1 311 339	220 964	.	79 823	202 258	639 936	.	746 256
1988	1 142 112	1 354 521	226 860	.	80 417	203 684	655 621	.	760 565
1989	1 174 545	1 400 240	233 102	.	81 076	205 421	671 727	.	776 822
1990	1 210 317	1 450 153	239 784	.	82 027	208 014	687 831	.	795 747
1991	1 247 752	1 502 009	331 359	.	83 483	212 146	706 353	.	817 637
1992	1 284 649	1 552 873	341 541	.	85 034	217 961	726 354	.	840 049
1993	1 317 783	1 597 981	352 014	.	86 460	223 961	744 698	.	859 567
1994	1 346 377	1 639 451	361 371	.	87 585	228 952	760 125	.	876 990
1995	1 371 768	1 681 696	369 705	154 371	88 281	232 679	774 037	118 450	893 743
1996	1 395 124	1 722 418	379 448	167 644	88 917	235 634	787 026	129 234	908 950
1997	1 417 149	1 760 401	392 271	181 862	89 587	238 718	799 220	139 167	923 505
1998	1 438 758	1 798 314	404 277	195 838	90 292	242 360	811 907	148 225	938 932
1999	1 461 902	1 838 528	413 677	209 373	91 255	245 909	825 285	156 435	956 179
2000	1 487 514	1 881 686	421 924	221 940	92 494	249 694	839 022	163 959	974 889
2001	1 516 042	1 925 548	428 544	232 550	93 724	255 035	853 207	170 420	992 537
2002	1 544 229	1 965 672	432 980	241 000	94 863	261 887	866 275	175 541	1 007 570
2003	1 569 574	2 005 537	435 356	248 112	95 623	269 155	877 133	180 020	1 022 338
2004	1 594 275	2 045 203	437 326	254 529	96 274	277 745	887 348	184 305	1 035 897
2005	1 618 199	2 081 524	440 465	260 650	97 114	288 463	899 161	188 654	1 046 150
2006	1 644 397	2 124 734	444 749	266 854	98 040	300 757	912 625	193 460	1 056 532

*) Der Kapitalstock – als jahresdurchschnittlicher Bestand an Bruttoanlagevermögen in Preisen von 2000 – wird als Mittelwert aus dem Jahresanfangsbestand des

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland ²⁾	Jahr
Kapitalstock*) in Mill. EUR								
970 079	227 920	76 630	.	.	152 102	.	3 798 450	1970
1 021 104	238 968	79 588	.	.	159 338	.	3 999 130	1971
1 072 033	250 433	82 730	.	.	167 270	.	4 206 985	1972
1 122 036	262 411	85 515	.	.	175 558	.	4 415 120	1973
1 168 574	273 731	87 938	.	.	183 356	.	4 607 350	1974
1 210 531	283 813	90 347	.	.	190 396	.	4 778 865	1975
1 251 500	293 759	92 864	.	.	197 494	.	4 945 825	1976
1 292 739	304 492	95 355	.	.	205 046	.	5 117 255	1977
1 334 080	315 926	97 855	.	.	212 724	.	5 293 755	1978
1 376 667	327 690	100 568	.	.	220 723	.	5 478 410	1979
1 420 733	339 682	103 571	.	.	229 717	.	5 669 340	1980
1 462 746	351 320	106 484	.	.	238 646	.	5 851 920	1981
1 499 084	362 016	109 400	.	.	246 522	.	6 016 930	1982
1 533 172	372 077	112 400	.	.	254 012	.	6 174 615	1983
1 567 953	381 740	114 912	.	.	261 247	.	6 330 295	1984
1 602 308	390 837	117 184	.	.	267 288	.	6 481 045	1985
1 635 397	399 733	119 359	.	.	272 799	.	6 632 380	1986
1 666 425	408 811	121 262	.	.	278 266	.	6 786 860	1987
1 697 978	418 313	123 155	.	.	283 545	.	6 946 770	1988
1 732 369	428 576	125 326	.	.	289 216	.	7 118 420	1989
1 770 260	439 710	127 777	.	.	295 470	.	7 307 090	1990
1 812 327	451 173	130 285	.	.	302 064	.	8 193 970	1991
1 855 604	461 914	132 735	.	.	308 749	.	8 451 510	1992
1 892 449	471 521	134 733	.	.	315 108	.	8 699 380	1993
1 923 411	480 830	136 500	.	.	321 249	.	8 935 145	1994
1 952 223	490 625	138 475	272 863	159 584	327 897	141 418	9 167 815	1995
1 978 692	499 582	140 449	295 909	173 676	334 324	152 872	9 389 900	1996
2 004 211	507 824	142 354	319 866	186 717	340 407	163 317	9 606 575	1997
2 030 936	516 676	144 657	342 101	199 399	346 951	173 761	9 823 385	1998
2 062 362	526 117	147 255	361 947	211 117	354 084	184 350	10 045 775	1999
2 098 283	536 195	149 738	380 273	221 254	361 207	194 530	10 274 600	2000
2 133 946	545 715	151 612	395 277	229 033	367 365	203 564	10 494 120	2001
2 164 103	554 420	152 903	401 135	234 011	372 023	211 140	10 679 750	2002
2 188 777	562 233	154 226	405 881	238 439	375 908	217 778	10 846 090	2003
2 210 382	568 848	155 181	415 821	243 296	379 501	223 630	11 009 560	2004
2 233 197	574 939	155 726	424 785	247 579	382 778	228 661	11 168 045	2005
2 259 241	581 359	156 429	432 875	251 176	387 056	233 971	11 344 255	2006

Berichtsjahres und dem Jahresanfangsbestand des folgenden Jahres berechnet. – 1) Bis 1990: Berlin-West. 2) Bis 1990: Früheres Bundesgebiet.

8. Bruttoanlageinvestitionen (Neue Anlagen)*) – in jeweiligen Preisen – seit 1970 nach

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin ¹⁾	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Neue Anlagen in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1970	14 572	16 182	3 222	.	1 260	3 791	9 454	.	10 090
1971	16 973	18 323	3 569	.	1 493	4 207	10 831	.	11 410
1972	17 869	20 821	3 577	.	1 590	4 203	11 636	.	12 307
1973	19 204	21 623	3 754	.	1 533	4 523	11 700	.	12 855
1974	19 000	20 213	3 935	.	1 649	4 654	11 194	.	13 024
1975	18 408	20 391	3 893	.	1 591	3 899	11 324	.	12 622
1976	19 313	23 274	3 921	.	1 682	4 364	11 441	.	13 473
1977	21 211	24 539	4 140	.	2 002	4 893	12 453	.	14 556
1978	23 754	28 513	4 253	.	1 905	4 827	13 327	.	15 927
1979	27 722	32 061	4 650	.	1 806	4 913	14 435	.	18 262
1980	30 498	34 403	5 340	.	2 077	5 325	15 481	.	20 187
1981	30 625	34 696	5 589	.	2 230	5 551	15 443	.	19 709
1982	30 103	36 784	5 794	.	2 131	5 360	14 706	.	18 241
1983	32 156	37 352	6 242	.	2 252	5 938	15 109	.	19 500
1984	34 194	38 007	6 952	.	1 944	5 692	16 335	.	19 734
1985	33 073	41 530	7 069	.	2 228	5 605	18 205	.	18 391
1986	36 341	45 032	7 402	.	1 975	5 555	18 794	.	20 136
1987	37 882	48 466	7 634	.	1 938	5 415	20 231	.	20 985
1988	39 422	51 113	8 137	.	2 122	5 427	22 192	.	22 984
1989	44 071	56 458	8 884	.	2 267	6 431	22 793	.	26 109
1990	48 917	63 489	9 722	.	2 802	7 553	25 910	.	30 192
1991	53 030	68 180	13 697	8 137	3 185	9 799	29 974	7 055	34 407
1992	54 913	71 043	15 629	10 940	3 134	11 443	30 827	10 780	34 744
1993	51 346	64 143	16 030	14 809	3 300	11 177	29 990	12 720	32 483
1994	50 078	68 915	15 424	17 899	2 820	10 249	27 370	14 083	33 153
1995	48 315	69 544	15 916	17 580	2 698	9 379	29 005	14 616	33 171
1996	49 173	69 643	19 068	18 848	2 909	9 436	27 541	13 194	32 158
1997	48 417	67 380	21 904	17 979	2 932	10 398	29 165	12 132	33 880
1998	51 100	73 012	17 762	17 895	3 133	11 299	30 280	11 279	35 889
1999	53 670	74 620	17 333	17 472	3 585	10 807	32 098	10 721	38 928
2000	57 940	81 306	16 029	16 422	3 812	12 315	32 415	10 235	40 178
2001	61 568	78 663	14 510	13 801	3 658	14 719	34 608	8 814	38 362
2002	58 661	75 797	12 023	12 274	3 701	16 223	31 361	7 711	36 107
2003	56 114	78 791	10 576	10 980	2 942	15 489	30 377	7 467	38 147
2004	58 683	77 219	11 659	11 224	3 539	18 827	30 976	7 552	34 550
2005	56 539	74 841	13 409	11 029	3 387	19 916	34 680	7 981	32 875
2006	63 889	91 306	13 594	11 651	3 682	21 204	34 720	8 532	35 269

*) Bei den Rückrechnungsergebnissen (1970 - 1991) können nur die Neuen Anlagen, also ohne den Saldo aus Käufen und Verkäufen von gebrauchten Anlagen www.vgrdl.de veröffentlicht sind. – 1) Bis 1990: Berlin-West. – 2) Bis 1990: Früheres Bundesgebiet.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008

Bundesländern

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland ²⁾	Jahr
Neue Anlagen in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)								
24 747	5 323	1 368	.	.	3 170	.	93 180	1970
27 626	5 788	1 750	.	.	3 808	.	105 780	1971
28 260	6 443	1 738	.	.	4 257	.	112 700	1972
30 060	6 873	1 627	.	.	4 557	.	118 310	1973
29 322	6 749	1 636	.	.	4 484	.	115 860	1974
30 231	6 465	1 835	.	.	4 542	.	115 200	1975
32 137	7 194	1 932	.	.	5 039	.	123 770	1976
33 828	8 052	2 018	.	.	5 530	.	133 220	1977
35 986	8 893	2 210	.	.	5 804	.	145 400	1978
40 643	9 770	2 646	.	.	6 704	.	163 610	1979
44 619	10 868	3 012	.	.	8 040	.	179 850	1980
45 155	10 884	2 946	.	.	7 792	.	180 620	1981
42 305	10 793	3 387	.	.	7 665	.	177 270	1982
45 976	11 010	3 340	.	.	8 105	.	186 980	1983
47 662	11 347	2 964	.	.	8 140	.	192 970	1984
50 038	11 097	3 283	.	.	6 882	.	197 400	1985
49 405	11 803	3 031	.	.	7 885	.	207 360	1986
49 654	12 213	3 045	.	.	7 536	.	215 000	1987
53 589	13 193	3 241	.	.	8 080	.	229 500	1988
59 138	14 362	3 852	.	.	8 836	.	253 200	1989
65 716	15 981	4 107	.	.	9 981	.	284 370	1990
72 888	16 802	4 359	15 418	8 746	10 565	7 688	363 930	1991
74 835	16 846	4 478	18 849	13 881	11 491	11 937	395 770	1992
68 126	16 248	4 017	21 470	16 787	11 118	15 426	389 190	1993
69 110	17 562	4 410	29 373	19 721	11 911	17 801	409 880	1994
68 563	18 403	4 729	31 844	20 064	12 818	16 766	413 410	1995
69 234	16 963	4 707	32 710	17 760	12 174	13 672	409 190	1996
71 271	17 993	4 864	30 840	16 876	12 787	13 820	412 640	1997
76 087	19 146	5 784	28 433	16 734	13 763	13 524	425 120	1998
84 172	19 950	5 674	26 935	15 223	14 424	14 568	440 180	1999
88 168	21 021	5 745	26 220	14 142	14 223	13 179	453 350	2000
86 914	19 275	4 647	20 723	10 887	12 975	12 555	436 680	2001
79 649	19 691	4 728	17 805	10 036	11 521	10 472	407 760	2002
76 106	17 741	4 816	18 126	9 715	11 524	10 629	399 540	2003
74 816	17 657	4 160	19 143	10 032	11 224	9 251	400 510	2004
80 834	17 454	4 185	17 304	9 218	11 313	9 565	404 530	2005
81 105	18 665	4 593	17 742	8 914	13 321	10 063	438 250	2006

dargestellt werden. Sie sind nicht vergleichbar mit den Ergebnissen zu den Bruttoanlageinvestitionen (einschließlich Saldo), die ab 1991 vorliegen und auf

9. Verfügbares Einkommen*) seit 1980 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin ¹⁾	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Verfügbares Einkommen*) in Mill. EUR									
1980	78 756	86 778	16 950	.	6 624	16 615	45 615	.	55 699
1981	84 075	92 722	17 658	.	7 036	17 629	48 231	.	59 754
1982	86 862	96 300	18 348	.	7 250	18 061	49 716	.	62 058
1983	89 599	99 950	18 709	.	7 425	18 620	51 166	.	64 243
1984	95 155	105 050	20 030	.	7 737	18 940	53 901	.	67 114
1985	99 943	108 438	20 520	.	7 974	18 934	56 003	.	69 512
1986	104 609	112 807	21 023	.	8 363	19 103	58 452	.	72 375
1987	108 054	117 637	21 851	.	8 430	20 307	60 508	.	74 332
1988	113 246	124 290	22 631	.	8 651	22 245	63 847	.	77 179
1989	120 438	133 795	23 867	.	9 089	24 906	67 735	.	80 338
1990	132 064	146 133	26 216	.	10 029	26 172	73 686	.	88 082
1991	142 636	158 296	42 836	19 390	10 968	27 371	78 774	12 759	94 755
1992	151 410	168 986	45 072	23 184	11 489	28 638	83 343	15 279	101 762
1993	153 773	173 881	46 912	26 075	11 556	29 201	85 828	17 367	104 986
1994	157 754	180 152	47 742	27 960	11 666	30 096	88 464	18 675	108 571
1995	160 557	184 477	49 467	29 588	11 505	30 086	90 685	20 052	111 424
1996	163 516	187 620	49 071	31 432	11 632	30 339	92 222	20 925	113 727
1997	168 534	190 890	48 303	32 247	11 967	30 808	92 823	21 307	115 533
1998	172 291	195 423	47 430	32 949	12 092	30 993	94 041	21 559	117 058
1999	177 509	200 262	48 282	34 235	12 178	31 509	96 736	22 373	120 428
2000	183 127	206 039	48 378	35 282	12 518	32 879	99 077	22 880	123 908
2001	192 146	215 251	48 789	36 431	12 978	35 092	103 981	23 464	128 211
2002	194 289	217 956	48 743	36 630	12 644	35 718	105 609	23 450	128 955
2003	199 110	223 833	49 571	37 274	12 716	37 094	108 410	23 729	132 284
2004	202 309	228 498	49 784	38 000	12 629	38 565	110 068	23 983	133 829
2005	207 600	234 263	50 598	38 291	13 163	40 156	111 534	24 266	136 647
2006	212 625	241 441	51 733	39 073	13 500	40 106	113 946	24 550	138 770
2007	217 034	245 966	52 278	39 510	13 695	41 164	115 536	24 642	141 147

*) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 1) Bis 1990: Berlin-West. – 2) Bis 1990: Früheres Bundesgebiet.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland ²⁾	Jahr
Verfügbares Einkommen*) in Mill. EUR								
147 918	28 586	8 285	.	.	21 053	.	512 880	1980
157 466	30 391	8 872	.	.	22 466	.	546 300	1981
161 649	31 272	9 139	.	.	23 255	.	563 910	1982
163 842	32 347	9 170	.	.	23 789	.	578 860	1983
171 120	34 034	9 471	.	.	25 007	.	607 560	1984
177 119	35 409	9 519	.	.	25 950	.	629 320	1985
182 799	36 797	9 721	.	.	26 951	.	653 000	1986
189 630	38 055	9 903	.	.	27 902	.	676 610	1987
199 838	39 657	10 327	.	.	28 998	.	710 910	1988
213 473	41 792	10 767	.	.	30 540	.	756 740	1989
229 513	45 270	11 757	.	.	32 858	.	821 780	1990
244 614	48 327	12 284	34 142	19 699	35 105	18 554	1 000 510	1991
256 738	51 569	13 231	40 155	23 355	37 169	21 471	1 072 850	1992
264 341	52 961	13 707	45 280	26 561	38 027	24 295	1 114 750	1993
272 404	54 896	14 190	48 704	28 709	39 190	25 888	1 155 060	1994
277 766	56 368	14 540	52 629	30 942	40 114	27 760	1 187 960	1995
282 068	57 683	14 825	55 289	32 147	41 111	28 964	1 212 570	1996
287 400	58 376	15 001	56 130	32 537	41 661	29 453	1 232 970	1997
292 667	59 358	15 302	56 791	32 843	42 340	30 232	1 253 370	1998
298 182	60 846	15 966	58 697	33 902	42 860	31 575	1 285 540	1999
308 084	63 033	16 489	60 001	34 453	43 639	32 373	1 322 160	2000
320 436	65 122	17 300	61 589	35 016	45 059	33 226	1 374 090	2001
321 329	66 329	17 080	62 292	34 972	45 929	33 305	1 385 230	2002
326 322	67 738	17 538	63 201	35 207	46 371	33 684	1 414 080	2003
332 229	68 578	17 950	63 617	35 178	46 791	33 641	1 435 650	2004
338 585	69 939	18 313	63 443	35 221	48 317	33 662	1 464 000	2005
342 495	71 117	18 605	64 314	35 429	49 460	34 067	1 491 230	2006
347 457	72 305	18 834	64 750	35 525	50 407	34 268	1 514 520	2007

10. Verfügbares Einkommen*) je Einwohner seit 1980 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin ¹⁾	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Verfügbares Einkommen*) je Einwohner in EUR									
1980	8 571	8 019	8 424	.	9 485	9 987	8 200	.	7 705
1981	9 104	8 540	8 804	.	10 097	10 638	8 647	.	8 248
1982	9 404	8 860	9 204	.	10 462	10 959	8 918	.	8 568
1983	9 727	9 198	9 455	.	10 821	11 384	9 221	.	8 883
1984	10 351	9 679	10 158	.	11 434	11 681	9 776	.	9 308
1985	10 859	9 996	10 368	.	11 927	11 774	10 194	.	9 677
1986	11 318	10 373	10 530	.	12 610	11 948	10 637	.	10 092
1987	11 636	10 790	10 856	.	12 771	12 750	10 986	.	10 379
1988	12 076	11 305	11 055	.	13 101	13 926	11 515	.	10 762
1989	12 671	12 038	11 410	.	13 636	15 469	12 092	.	11 130
1990	13 578	12 883	12 217	.	14 767	15 954	12 889	.	12 000
1991	14 409	13 733	12 456	7 568	16 071	16 482	13 592	6 688	12 759
1992	15 030	14 473	13 047	9 114	16 785	17 075	14 178	8 157	13 526
1993	15 082	14 713	13 517	10 242	16 892	17 182	14 425	9 377	13 784
1994	15 391	15 151	13 730	11 028	17 107	17 656	14 813	10 167	14 140
1995	15 595	15 432	14 251	11 654	16 922	17 622	15 130	10 968	14 385
1996	15 806	15 614	14 156	12 339	17 136	17 758	15 325	11 495	14 588
1997	16 225	15 833	14 021	12 580	17 701	18 044	15 390	11 748	14 754
1998	16 554	16 192	13 892	12 762	18 023	18 212	15 590	11 956	14 906
1999	16 989	16 527	14 229	13 199	18 292	18 508	16 007	12 470	15 285
2000	17 453	16 906	14 296	13 567	18 926	19 225	16 354	12 832	15 662
2001	18 194	17 528	14 413	14 031	19 654	20 391	17 122	13 273	16 148
2002	18 276	17 637	14 377	14 162	19 154	20 677	17 356	13 385	16 181
2003	18 646	18 054	14 616	14 469	19 188	21 409	17 800	13 654	16 562
2004	18 898	18 384	14 696	14 791	19 053	22 212	18 076	13 898	16 733
2005	19 351	18 808	14 918	14 943	19 849	23 085	18 301	14 167	17 081
2006	19 801	19 348	15 216	15 306	20 322	22 937	18 744	14 439	17 370
2007	20 196	19 670	15 342	15 545	20 646	23 366	19 026	14 610	17 689

*) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 1) Bis 1990: Berlin-West. – 2) Bis 1990: Früheres Bundesgebiet.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland ²⁾	Jahr
Verfügbares Einkommen*) je Einwohner in EUR								
8 670	7 826	7 701	.	.	8 189	.	8 334	1980
9 220	8 307	8 261	.	.	8 716	.	8 859	1981
9 491	8 551	8 538	.	.	9 021	.	9 155	1982
9 678	8 851	8 601	.	.	9 245	.	9 430	1983
10 183	9 325	8 904	.	.	9 740	.	9 940	1984
10 590	9 722	8 972	.	.	10 126	.	10 321	1985
10 937	10 116	9 192	.	.	10 532	.	10 703	1986
11 347	10 481	9 381	.	.	10 924	.	11 078	1987
11 895	10 888	9 802	.	.	11 329	.	11 569	1988
12 591	11 388	10 187	.	.	11 866	.	12 193	1989
13 310	12 124	10 985	.	.	12 569	.	12 992	1990
14 040	12 756	11 430	7 231	6 914	13 319	7 160	12 509	1991
14 596	13 386	12 255	8 610	8 314	13 962	8 413	13 312	1992
14 916	13 566	12 638	9 793	9 526	14 154	9 574	13 732	1993
15 318	13 939	13 094	10 597	10 369	14 512	10 255	14 186	1994
15 564	14 222	13 417	11 503	11 250	14 764	11 057	14 547	1995
15 746	14 472	13 683	12 135	11 769	15 046	11 602	14 806	1996
16 000	14 557	13 856	12 374	11 987	15 150	11 855	15 027	1997
16 286	14 766	14 208	12 603	12 211	15 334	12 239	15 280	1998
16 580	15 105	14 885	13 117	12 732	15 469	12 858	15 661	1999
17 116	15 639	15 415	13 505	13 085	15 684	13 266	16 087	2000
17 775	16 115	16 210	13 983	13 476	16 116	13 724	16 688	2001
17 789	16 371	16 032	14 268	13 635	16 344	13 867	16 794	2002
18 054	16 698	16 497	14 582	13 886	16 451	14 138	17 136	2003
18 383	16 896	16 953	14 768	14 016	16 558	14 228	17 402	2004
18 745	17 229	17 392	14 810	14 188	17 072	14 354	17 753	2005
18 984	17 541	17 774	15 091	14 427	17 461	14 666	18 105	2006
19 290	17 855	18 110	15 291	14 634	17 779	14 898	18 411	2007

11. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Private Konsumausgaben in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	123 911	137 412	38 200	17 870	9 784	24 097	68 383	11 835	83 568
1992	132 043	147 203	40 163	21 023	10 290	25 257	72 563	13 929	90 088
1993	135 159	152 161	41 755	23 413	10 378	25 906	75 184	15 680	93 428
1994	140 348	159 439	42 859	24 965	10 552	27 114	78 275	16 743	97 395
1995	144 006	164 456	44 869	26 342	10 492	27 174	80 756	17 908	100 839
1996	147 006	167 607	44 741	27 780	10 708	27 738	82 396	18 595	102 755
1997	152 304	171 369	44 329	28 440	11 108	28 424	83 770	18 943	105 435
1998	155 178	175 777	43 509	29 768	11 168	28 375	84 918	19 658	106 885
1999	160 845	181 518	44 698	31 194	11 367	29 063	87 779	20 551	110 836
2000	166 416	187 437	45 091	32 255	11 791	30 349	90 231	21 143	114 812
2001	173 874	195 290	45 537	33 218	12 204	32 215	94 367	21 670	118 614
2002	174 730	196 859	45 369	33 274	11 934	32 655	95 347	21 564	118 962
2003	178 448	201 276	46 012	33 709	11 856	33 891	97 633	21 681	121 608
2004	181 198	205 362	46 176	34 273	11 834	35 245	99 062	21 858	122 689
2005	184 916	209 896	46 856	34 547	12 355	36 646	99 991	22 188	125 219
2006	190 425	217 367	48 114	35 385	12 710	36 663	102 475	22 542	127 927
2007	193 567	220 646	48 609	35 773	12 819	37 519	103 673	22 689	129 790

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
Private Konsumausgaben in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)								
213 442	42 437	11 005	31 687	18 284	30 782	17 165	879 860	1991
226 332	45 387	11 975	36 740	21 314	32 686	19 607	946 600	1992
233 234	47 112	12 494	41 050	24 031	33 621	21 937	986 540	1993
243 172	49 434	13 020	43 812	25 793	34 899	23 281	1 031 100	1994
250 040	51 240	13 409	47 073	27 745	35 941	24 900	1 067 190	1995
255 029	52 455	13 764	49 283	28 663	37 115	25 866	1 091 500	1996
261 247	53 317	13 963	49 994	29 037	37 843	26 258	1 115 780	1997
266 427	54 039	14 183	51 702	29 926	38 489	27 507	1 137 510	1998
273 462	55 797	14 875	53 807	31 143	39 193	28 881	1 175 010	1999
284 136	58 075	15 474	55 356	31 833	40 000	29 761	1 214 160	2000
294 729	59 847	16 185	56 710	32 291	41 341	30 479	1 258 570	2001
294 325	60 819	15 938	57 146	32 124	41 975	30 441	1 263 460	2002
297 837	61 655	16 300	57 576	32 121	42 312	30 687	1 284 600	2003
303 160	62 380	16 646	57 864	32 100	42 642	30 602	1 303 090	2004
307 129	63 544	16 882	57 821	32 140	43 880	30 640	1 324 650	2005
312 175	64 690	17 225	58 817	32 495	44 963	31 168	1 355 140	2006
316 467	65 638	17 469	59 314	32 581	45 846	31 320	1 373 720	2007

12. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – je Einwohner seit 1991

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Private Konsumausgaben je Einwohner in EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	12 517	11 921	11 108	6 975	14 335	14 510	11 799	6 204	11 252
1992	13 108	12 607	11 626	8 264	15 033	15 059	12 344	7 436	11 974
1993	13 256	12 875	12 031	9 196	15 169	15 243	12 636	8 466	12 267
1994	13 692	13 409	12 326	9 846	15 472	15 907	13 107	9 115	12 684
1995	13 988	13 757	12 927	10 376	15 432	15 917	13 474	9 795	13 018
1996	14 210	13 949	12 906	10 905	15 775	16 236	13 692	10 215	13 181
1997	14 663	14 214	12 868	11 095	16 430	16 648	13 889	10 445	13 464
1998	14 910	14 564	12 743	11 530	16 646	16 674	14 078	10 901	13 611
1999	15 394	14 980	13 172	12 026	17 075	17 071	14 525	11 454	14 068
2000	15 860	15 379	13 324	12 403	17 827	17 745	14 894	11 858	14 512
2001	16 464	15 903	13 452	12 793	18 482	18 719	15 539	12 258	14 940
2002	16 436	15 930	13 382	12 865	18 078	18 904	15 669	12 308	14 927
2003	16 711	16 235	13 567	13 085	17 890	19 560	16 030	12 476	15 226
2004	16 926	16 523	13 631	13 340	17 853	20 300	16 268	12 666	15 340
2005	17 236	16 852	13 815	13 482	18 630	21 068	16 407	12 954	15 653
2006	17 734	17 419	14 152	13 862	19 134	20 967	16 857	13 258	16 013
2007	18 012	17 645	14 265	14 075	19 324	21 297	17 072	13 452	16 266

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008

nach Bundesländern

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
Private Konsumausgaben je Einwohner in EUR (in jeweiligen Preisen)								
12 250	11 201	10 240	6 711	6 418	11 678	6 624	11 000	1991
12 867	11 782	11 091	7 877	7 587	12 278	7 683	11 745	1992
13 161	12 068	11 519	8 878	8 619	12 514	8 645	12 153	1993
13 674	12 552	12 015	9 532	9 316	12 923	9 222	12 664	1994
14 011	12 929	12 373	10 288	10 088	13 228	9 918	13 069	1995
14 237	13 160	12 703	10 817	10 493	13 584	10 361	13 328	1996
14 544	13 296	12 897	11 021	10 698	13 761	10 568	13 598	1997
14 825	13 443	13 169	11 473	11 126	13 940	11 136	13 867	1998
15 205	13 851	13 868	12 024	11 696	14 146	11 761	14 314	1999
15 785	14 409	14 466	12 460	12 090	14 377	12 196	14 773	2000
16 349	14 809	15 165	12 875	12 427	14 786	12 590	15 285	2001
16 294	15 011	14 960	13 089	12 525	14 937	12 674	15 318	2002
16 478	15 198	15 333	13 284	12 669	15 011	12 881	15 567	2003
16 775	15 369	15 721	13 432	12 790	15 089	12 943	15 795	2004
17 003	15 654	16 033	13 497	12 947	15 505	13 066	16 063	2005
17 303	15 956	16 455	13 801	13 232	15 873	13 418	16 453	2006
17 570	16 209	16 798	14 008	13 421	16 170	13 616	16 699	2007

13. Sparen*) der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Sparen*) der privaten Haushalte in Mill. EUR									
1991	20 203	22 605	4 958	1 520	1 287	3 522	11 257	924	12 296
1992	21 106	23 800	5 284	2 163	1 317	3 670	11 794	1 351	12 973
1993	19 706	22 986	5 391	2 663	1 252	3 477	11 282	1 688	12 374
1994	18 728	22 246	5 163	2 996	1 203	3 202	10 959	1 933	12 166
1995	18 255	22 000	4 958	3 247	1 126	3 194	10 921	2 145	11 868
1996	17 695	21 390	4 581	3 657	1 002	2 796	10 515	2 334	11 865
1997	17 490	20 984	4 250	3 836	941	2 591	9 784	2 385	11 048
1998	18 879	21 695	4 312	3 239	1 038	2 906	10 147	1 942	11 506
1999	18 492	20 864	3 997	3 126	927	2 745	10 014	1 880	10 971
2000	19 003	21 263	3 799	3 131	871	2 903	10 170	1 808	10 824
2001	20 598	22 666	3 769	3 317	919	3 255	10 952	1 865	11 345
2002	22 212	24 180	3 960	3 473	875	3 494	11 781	1 965	11 982
2003	23 342	25 669	4 151	3 683	1 027	3 637	12 305	2 128	12 680
2004	23 868	26 337	4 480	3 938	966	3 767	12 574	2 267	13 199
2005	25 226	27 318	4 546	3 936	966	3 922	12 987	2 207	13 324
2006	25 556	27 973	4 682	3 942	997	3 990	13 371	2 177	13 340
2007	27 330	29 816	4 894	4 028	1 115	4 278	14 046	2 146	14 225

*) Das Sparen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) berechnet sich aus dem nicht konsumierten Teil des Verfügbaren

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
Sparen*) der privaten Haushalte in Mill. EUR								
33 775	6 457	1 439	2 455	1 415	4 717	1 389	130 220	1991
33 444	6 847	1 442	3 418	2 043	4 943	1 865	137 460	1992
33 006	6 268	1 329	4 232	2 532	4 694	2 359	135 240	1993
31 525	5 969	1 309	4 894	2 918	4 639	2 609	132 460	1994
30 681	5 784	1 311	5 558	3 199	4 623	2 861	131 730	1995
29 091	5 685	1 185	6 014	3 489	4 309	3 103	128 710	1996
28 332	5 545	1 170	6 188	3 531	4 152	3 224	125 450	1997
29 290	6 002	1 302	5 192	2 978	4 320	2 782	127 530	1998
27 867	5 754	1 279	5 035	2 845	4 152	2 774	122 720	1999
27 879	5 839	1 248	4 821	2 725	4 246	2 709	123 240	2000
29 677	6 165	1 351	5 056	2 829	4 334	2 844	130 940	2001
31 512	6 521	1 408	5 344	2 965	4 655	2 972	139 300	2002
33 022	7 101	1 505	5 825	3 203	4 766	3 106	147 150	2003
33 723	7 243	1 577	6 106	3 284	4 877	3 234	151 440	2004
35 737	7 357	1 680	5 943	3 267	5 107	3 197	156 720	2005
35 958	7 694	1 707	5 922	3 179	5 382	3 131	159 000	2006
37 465	8 123	1 739	5 921	3 223	5 580	3 212	167 140	2007

Einkommens der privaten Haushalte zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

14. Sparquote*) der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Sparquote*) der privaten Haushalte in %									
1991	14,0	14,1	11,5	7,8	11,6	12,8	14,1	7,2	12,8
1992	13,8	13,9	11,6	9,3	11,3	12,7	14,0	8,8	12,6
1993	12,7	13,1	11,4	10,2	10,8	11,8	13,0	9,7	11,7
1994	11,8	12,2	10,8	10,7	10,2	10,6	12,3	10,3	11,1
1995	11,3	11,8	10,0	11,0	9,7	10,5	11,9	10,7	10,5
1996	10,7	11,3	9,3	11,6	8,6	9,2	11,3	11,2	10,4
1997	10,3	10,9	8,7	11,9	7,8	8,4	10,5	11,2	9,5
1998	10,8	11,0	9,0	9,8	8,5	9,3	10,7	9,0	9,7
1999	10,3	10,3	8,2	9,1	7,5	8,6	10,2	8,4	9,0
2000	10,2	10,2	7,8	8,8	6,9	8,7	10,1	7,9	8,6
2001	10,6	10,4	7,6	9,1	7,0	9,2	10,4	7,9	8,7
2002	11,3	10,9	8,0	9,5	6,8	9,7	11,0	8,4	9,2
2003	11,6	11,3	8,3	9,9	8,0	9,7	11,2	8,9	9,4
2004	11,6	11,4	8,8	10,3	7,5	9,7	11,3	9,4	9,7
2005	12,0	11,5	8,8	10,2	7,3	9,7	11,5	9,0	9,6
2006	11,8	11,4	8,9	10,0	7,3	9,8	11,5	8,8	9,4
2007	12,4	11,9	9,1	10,1	8,0	10,2	11,9	8,6	9,9

*) Die Relation aus dem Sparen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) und dem verfügbaren Einkommen (letzteres

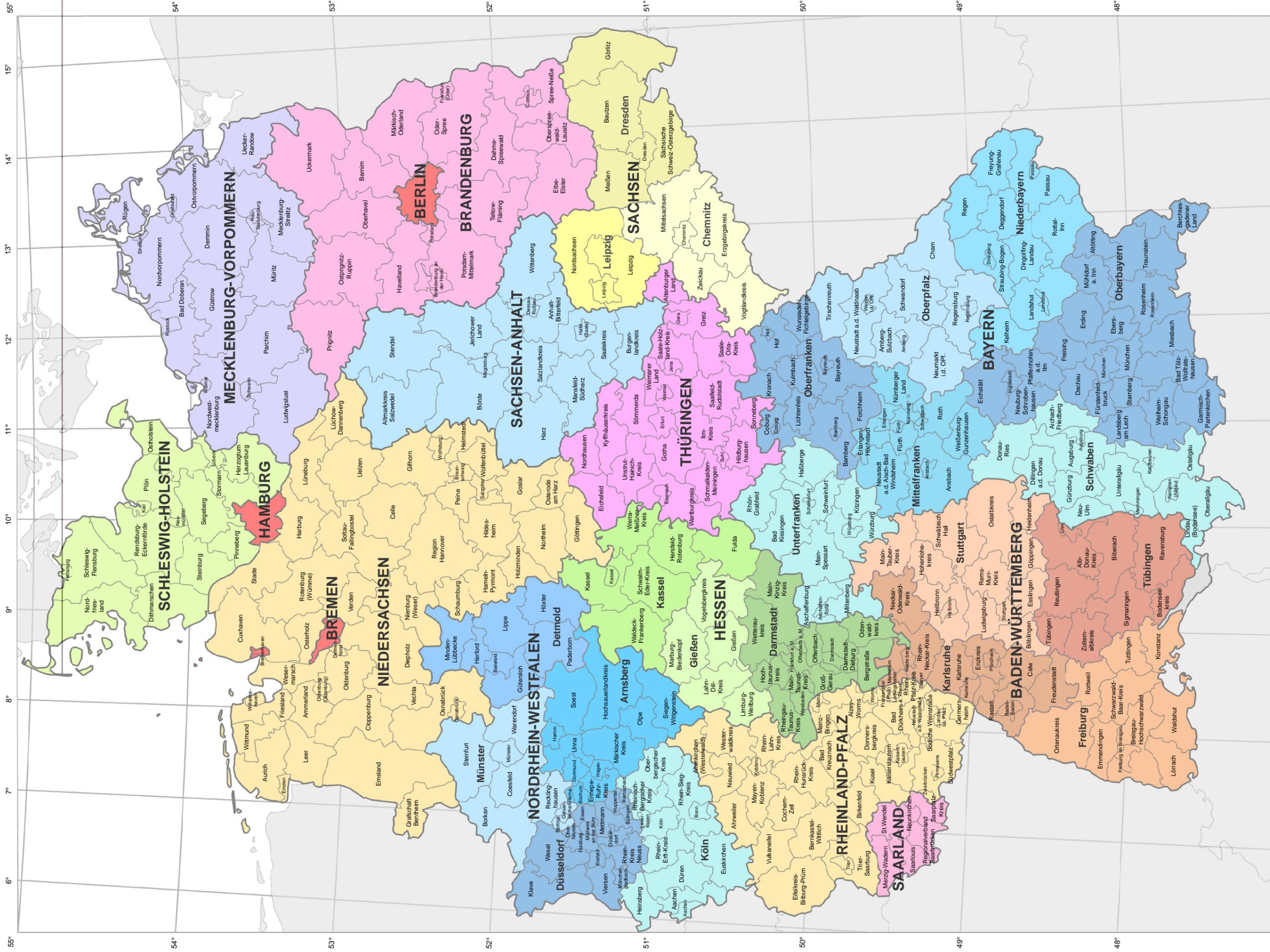
Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
Sparquote*) der privaten Haushalte in %								
13,7	13,2	11,6	7,2	7,2	13,3	7,5	12,9	1991
12,9	13,1	10,7	8,5	8,7	13,1	8,7	12,7	1992
12,4	11,7	9,6	9,3	9,5	12,3	9,7	12,1	1993
11,5	10,8	9,1	10,0	10,2	11,7	10,1	11,4	1994
10,9	10,1	8,9	10,6	10,3	11,4	10,3	11,0	1995
10,2	9,8	7,9	10,9	10,9	10,4	10,7	10,5	1996
9,8	9,4	7,7	11,0	10,8	9,9	10,9	10,1	1997
9,9	10,0	8,4	9,1	9,1	10,1	9,2	10,1	1998
9,2	9,3	7,9	8,6	8,4	9,6	8,8	9,5	1999
8,9	9,1	7,5	8,0	7,9	9,6	8,3	9,2	2000
9,1	9,3	7,7	8,2	8,1	9,5	8,5	9,4	2001
9,7	9,7	8,1	8,6	8,4	10,0	8,9	9,9	2002
10,0	10,3	8,5	9,2	9,1	10,1	9,2	10,3	2003
10,0	10,4	8,7	9,5	9,3	10,3	9,6	10,4	2004
10,4	10,4	9,1	9,3	9,2	10,4	9,4	10,6	2005
10,3	10,6	9,0	9,1	8,9	10,7	9,1	10,5	2006
10,6	11,0	9,1	9,1	9,0	10,9	9,3	10,8	2007

erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als Sparquote der privaten Haushalte bezeichnet.

Bundesrepublik Deutschland

Verwaltungsgrenzen (VG2500)



Ausgabe 2009

letzte Änderung: 01.01.2009

Lambert winkeltreue Kegeleabbildung

Ellipsoid WGS84, Datum WGS84

© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main (2009)
Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung,
auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet



Maßstab



1 : 2 500 000

----- Kreisfreie Stadt

----- Kreis

----- Regierungsbezirk

----- **BUNDESLAND**